

## Mit RAF, Roten Brigaden und Action Directe

### Terrorismus und Rechtsextremismus in der Strategie von SED und KPdSU

Michael Ploetz

1984 zählte zu den schwarzen Jahren im Leben von Erich Honecker. Zum einen war es dem von der SED mit großem Engagement geführten „Friedenskampf“ im Vorjahr nicht gelungen, die Nato zur Aufgabe ihres 1979 verabschiedeten Doppelbeschlusses zu zwingen und die Stationierung amerikanischer Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa zu verhindern. Zum anderen hatte das Politbüro der KPdSU Honeckers Vorhaben, der Bundesrepublik 1984 den von ihm lange gewünschten Besuch abzustatten, im August des Jahres brüsk abgelehnt.<sup>1</sup> Daher ist es nicht weiter verwunderlich, daß der ins ideologische Zwielficht geratene SED-Generalsekretär bemüht war, den Ost-Berlin-Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko im Oktober 1984 dazu zu nutzen, sich bei der KPdSU wieder ins rechte Licht zu rücken. Wohl aus diesem Grunde machte Honecker für das Scheitern des „Friedenskampfes“ die mangelnde Bereitschaft der westlichen Friedensbewegungen verantwortlich, ihre Proteste mit gewaltsamen Mitteln fortzusetzen: „Es ist eine Tatsache, daß die Bürger Angst vor der wachsenden Kriegsgefahr haben. Man muß feststellen, daß dieser Angst das Niveau der Massenaktionen gegen den Konfrontationskurs nicht entspricht. Dabei gibt es große Bewegungen z.B. in der BRD. Diese achten aber mehr auf die Gewaltlosigkeit ihrer Aktionen. Damit ermöglichen sie es den USA, weiter ihre Pershing II und Cruise Missiles zu stationieren.“<sup>2</sup>

Honeckers Kritik an den westlichen Friedensbewegungen, die er gegenüber Gromyko äußerte, fällt indes in ein zeitliches Umfeld, das keineswegs durch besondere Friedfertigkeit charakterisiert war. Vielmehr registrierten westliche Stellen in den Jahren 1984 und 1985 eine europaweite Serie von Terroranschlägen, die sich gegen Einrichtungen der Nato und der US-Streitkräfte richteten.<sup>3</sup> Die von der DDR-Staatssicherheit protegierte Rote Armee Fraktion (RAF) beteiligte sich an diesem terroristischen Großangriff mit der sogenannten „Offensive 84/85“, die sie im Dezember 1984 mit fehlgeschlagenen Bombenanschlägen auf eine Nato-Schule in Oberammergau und ein Rechenzentrum in Stuttgart eröffnete. Im Februar 1985 erschossen zwei RAF-Terroristen den dem militärisch-industriellen Komplex zugerechneten MTU-Manager Ernst Zimmermann. Im August folgte ein Bombenanschlag auf den militärischen Teil des US-Flughafens in Frankfurt.<sup>4</sup>

Im Januar 1985 veröffentlichten die RAF und die französische Terrorgruppe Action Directe eine gemeinsame Erklärung, in der sie es als Ziel ihrer Offensive bezeichneten, „die imperialistische Strategie in den Zentren selbst zu brechen“. „Nach dem Einbruch

---

1 Ploetz, Michael: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor. Von der Nachrüstung zum Mauerfall. Berlin/München 2000, S. 277–291.

2 SAPMO-BArch, DY 30/IV2/2.035/68, „Niederschrift über das Gespräch des Genossen Erich Honecker mit Genossen Andrei Andrejewitsch Gromyko am 8. Oktober 1984 [...]“, Bl. 113.

3 Casey, William: The International Linkages – What Do we Know?. In: Ra'anan, Uri u.a. (Hrsg.): Hydra of Carnage. The International Linkages of Terrorism and Other Low-Intensity Operations. The Witnesses Speak. Lexington/Toronto 1986, S. 5–15.

4 Wunschik, Tobias: Baader-Meinhofs Kinder. Die zweite Generation der RAF. Opladen 1997, S. 404–405.

des internationalen Kräfteverhältnisses durch die Befreiungskämpfe im Süden“ sei es nun das Bestreben der „Bourgeoisie“, hieß es in dem Papier, die „Zentralität Westeuropas“ für eine gegen die Befreiungskräfte gerichtete „imperialistische Rekonstruktion“ zu nutzen. Strategische Absicht der als „Imperialismus“ titulierten Nato-Staaten sei es, in Westeuropa ein militärisches Potential „zum Blitzkrieg gegen die Befreiungskämpfe im Süden“ zu schaffen und zur „konkreten Vorbereitung für den Krieg gegen die sozialistischen Staaten im Osten“ überzugehen. Nach innen werde die außenpolitische „Offensivstrategie“ der Nato durch eine „Prävention“ ergänzt, welche die „Möglichkeit der revolutionären Front in den Zentren“ zu vereiteln habe. In den Augen von RAF und Action Directe war die gemäß dem Doppelbeschluß erfolgte „Stationierung der Atomraketen“ ein „entscheidender Schritt“ zur Umsetzung dieser neuen Nato-Doktrin. Eine „authentische revolutionäre Strategie in Westeuropa“ müsse sich daher „im Angriff gegen die zentralen imperialistischen Projekte entfalten“, „gegen die multinationalen Strukturen der NATO, gegen ihre Basen und Strategen, gegen ihre Pläne und Propaganda“.<sup>5</sup>

Betrachtet man die strategische Analyse der westeuropäischen Linksterroristen im Lichte von Honeckers Kritik an der Gewaltlosigkeit der Friedensbewegung, so drängt sich der Schluß auf, daß RAF und Action Directe ein Programm exekutierten, dessen Realisierung Honecker ursprünglich von der Friedensbewegung erwartet hatte.<sup>6</sup> Tatsächlich läßt sich mit Dokumenten der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) belegen, daß die Friedensbewegung und der Linksterrorismus Elemente einer sowjetischen Langzeitstrategie waren,<sup>7</sup> deren Endziel die etappenweise Niederringung der westlichen Demokratien war. Mitte der achtziger Jahre war diese Strategie aber zweifach gescheitert: Zum einen war die Nato nicht mit Hilfe des „Friedenskampfes“ zu einem handlungsunfähigen Papiertiger degradiert worden. Zum anderen war es nicht gelungen, den politischen Widerstand gegen die Militärpolitik der Nato soweit zu radikalieren, daß in Westeuropa eine vorrevolutionäre „Krisensituation“ entstanden wäre.

### *Strategie, Ideologie und Gewalt im Marxismus-Leninismus*

Einer der Gründe dafür, daß es den Kommunisten im 20. Jahrhundert gelang, in einer beeindruckenden Zahl von Ländern die Macht zu ergreifen, dürfte wohl in der Clausewitz-Rezeption von Marx, Engels und Lenin zu finden sein.<sup>8</sup> Die Aneignung dieses Erbes machte das Denken in den Metaphern und Schablonen der Strategie zu einem inhärenten Teil der marxistisch-leninistischen Ideologie und sorgte dafür, daß Kom-

5 Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa. Gemeinsame Erklärung von RAF und Action Directe, Januar 1985. In: Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. Berlin 1997, S. 328–330.

6 Die ideologische und programmatische Nähe zwischen dem MfS der SED und der bundesdeutschen RAF als Basis für deren Zusammenarbeit betonte jüngst auch Martin Jander. Vgl. Jander, Martin: Differenzen im antiimperialistischen Kampf: Zu den Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus. In: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus, Bd. 1. Hamburg 2006, S. 696–713.

7 Vgl. Ploetz, Michael: Breshnews Langzeitstrategie im Spiegel von SED-Dokumenten. In: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Deutsche Fragen. Von der Teilung zur Einheit. Berlin 2001, S. 51–77; ders.: Waffensysteme und Strategien im Kalten Krieg. In: Maruhn, Jürgen/Wilke, Manfred (Hrsg.): Raketenpoker um Europa. Das sowjetische SS 20-Abenteuer und die Friedensbewegung. München 2001, S. 48–69.

8 Vgl. Kondylis, Panajotis: Theorie des Krieges. Clausewitz-Marx-Engels-Lenin. Stuttgart 1988.

munisten ihrem politischen Handeln ähnliche Planungsprozesse zugrunde legten wie Generalstäbe militärischen Operationen.

Als Ausgangspunkt für die Formulierung der Strategie wählten die Parteistrategen „die richtige Definition des Charakters der Epoche“, das heißt, sie analysierten den vom jeweiligen „Kräfteverhältnis“ abgesteckten Möglichkeitsrahmen. Nach Maßgabe dieses Möglichkeitsrahmens bestimmten sie das „Hauptziel der Arbeiterklasse in der jeweiligen Etappe“, den zu schlagenden „Hauptfeind“, die zu gewinnenden „Hauptverbündeten“ sowie die „Hauptkraft des Kampfes“. Während die politische Strategie „die grundlegende politische Linie einer Partei für eine ganze historische Etappe“ beinhaltete, war die „Taktik [...] der Strategie untergeordnet“ und „auf die laufenden Aufgaben gerichtet“; kurzum, die Taktik definierte „die politische Linie für eine relativ kurze Periode“.<sup>9</sup>

So eng waren im Kommunismus Strategie und Ideologie miteinander verknüpft, daß die SED 1973 in der 2. Auflage des in der DDR erschienenen partei- und staatsoffiziellen *Kleinen Politischen Wörterbuchs* das richtige Verhältnis zwischen Strategie und Taktik auch als Richtschnur für ideologische Prinzipientreue verstanden wissen wollte: „Die politische Strategie und die politische Taktik der marxistisch-leninistischen Partei sind untrennbar miteinander verwoben. Verzicht auf strategisches Handeln ist gleichbedeutend mit der Aufgabe des Endziels der Arbeiterklasse. Verabsolutierung der Strategie ohne Berücksichtigung des konkreten Geschichtsverlaufs und der Stimmung der Massen in der Taktik löst die revolutionäre Vorhut von den Massen und führt zu einer abenteuerlichen Politik des ‚Überspringens‘ objektiv notwendiger Etappen.“<sup>10</sup>

Es ist bezeichnend für das Verhältnis der Kommunisten zur Gewalt, daß die Entscheidung darüber, ob der Kampf in friedlichen oder nichtfriedlichen Formen zu führen sei, nicht zu den Fragen der Strategie, sondern zu denen der Taktik gerechnet wurde.<sup>11</sup> Lapidar hieß es hierzu in dem 1972 in der DDR erschienenen Buch „Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß“: „Die friedliche und die nichtfriedliche Form des revolutionären Kampfes ist keine strategische, sondern eine taktische Frage, die vom Kräfteverhältnis und der Einschätzung der Lage zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Revolution abhängt. Die Erfahrungen zeigen, daß die kommunistischen Parteien bei jedem revolutionären Weg – dem friedlichen und dem bewaffneten – alle Formen des revolutionären Kampfes geschickt nutzen.“<sup>12</sup>

Tatsächlich machten die Kommunisten auch keinen Hehl daraus, daß die von ihnen angestrebte soziale Revolution ein Prozeß war, der aufgrund seiner Ziele Gewalt notwendigerweise hervorbrachte und deshalb nur mit Gewalt durchgesetzt werden konnte. So erläuterte der DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann 1976, welches Wechselspiel zwischen der revolutionären Programmatik der Kommunisten und der Anwendung von Gewalt bestand: „Die sozialistische Revolution als die fundamentalste soziale Umwälzung der Geschichte vermag die neue menschenwürdige Ordnung nur dann hervorzubringen, wenn sie die alte Klassenherrschaft bis auf den Grund niederreißt, wenn sie jederzeit bereit und fähig ist, den gewaltsamen Widerstand der ge-

---

9 Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung. In: Kleines Politisches Wörterbuch, 2. Auflage. Berlin (Ost) 1973, S. 843–845, hier: S. 844.

10 Ebd., S. 844.

11 Ebd., S. 888–889.

12 Jegorow, Waleri Nikolajewitsch: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß. Berlin (Ost) 1972, S. 79.

stürzten Klasse mit eigenen Gewaltmitteln niederzuhalten und zu überwinden. Konterrevolutionäre Gewalt muß und kann nur durch revolutionäre Gewalt beantwortet und gebrochen werden.“<sup>13</sup> Mit dieser Sichtweise stand Hoffmann keineswegs allein. Auch die Autoren des 1979 erschienenen Buchs „Kommunistische Bewegung und revolutionärer Kampf“ hielten es für notwendig, Illusionen im Hinblick auf den „friedlichen Weg, den man keineswegs mit einem gewaltlosen Weg gleichsetzen kann und darf“, entgegenzutreten.<sup>14</sup>

Ihre Affinität zur Gewalt bemäntelten die Kommunisten dadurch, daß sie ihre eigenen Gewaltakte generell als „Gegengewalt“ deklarierten, für die dem „Gegner“ die Verantwortung zugeschoben wurde. Folgt man der Schrift „Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß“, dann war die revolutionäre Gegengewalt schon allein dadurch gerechtfertigt, daß sich bürgerliche Regierungen weigerten, die Macht abzutreten: „Wenn sich bei der Lösung der antagonistischen Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten eine Lage ergibt, in der die Bourgeoisie dem Proletariat die Macht nicht friedlich übergeben will, dann ist dieses gezwungen, zu nichtfriedlichen Wegen und Formen des Kampfes überzugehen, um das kapitalistische Regime für immer zu stürzen.“<sup>15</sup> Die Kommunisten nahmen für sich also ein Gewaltmonopol in Anspruch, in dessen Namen sie die Gewaltakte anderer politischer Formationen verurteilten und ihre eigenen legitimierten. Selbst im Zuge der von Breschnews Politbüro verfolgten Politik plakativer Gewaltverzichtsverträge legten die Sowjets Wert darauf, zwischen dem zu ächtenden zwischenstaatlichen Krieg und dem gleichsam als Naturrecht beanspruchten internen Befreiungskrieg zu unterscheiden. Im Oktober 1976 stellte Breschnew hinsichtlich des von der UdSSR im Vormonat in der UNO-Generalversammlung eingebrachten Entwurfs für einen „Weltvertrag über Nichtanwendung von Gewalt in den Internationalen Beziehungen“<sup>16</sup> fest: „Die Sowjetunion schlug vor, einen Weltvertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu schließen. [...] Hier möchte ich unterstreichen, daß die Nichtanwendung von Gewalt in unserem Entwurf die zwischenstaatlichen Beziehungen umfaßt und nicht das unverbrüchliche Recht der Völker auf den Kampf für ihre soziale und nationale Befreiung berührt. Zwischen diesen beiden Gebieten unterscheiden wir konsequent.“<sup>17</sup>

Indem sich Breschnew in der gleichen Rede ausdrücklich zur sowjetischen Unterstützung für den „gerechten Kampf der Patrioten Angolas“ bekannte, bekräftigte er darüber hinaus auch nochmals den von der KPdSU erhobenen Anspruch, in ausländische Bürgerkriege intervenieren zu dürfen, sobald ein entsprechendes Hilfsersuchen einer prosowjetischen „Regierung“ oder Gegenregierung vorlag. Er knüpfte damit direkt an eine Praxis Stalins an, der 1939 im Völkerbund den sowjetischen Überfall auf Finnland als Hilfeleistung für eine um den finnischen Komintern-Funktionär Otto Kuusinen gebildete Gegenregierung gerechtfertigt hatte.<sup>18</sup>

13 Hoffmann, Heinz: Streitkräfte in unserer Zeit. In: Einheit, Nr. 3/1976, S. 354–363, hier: S. 358.

14 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.): Kommunistische Bewegung und revolutionärer Kampf. Berlin (Ost) 1979, S. 244.

15 Jegorow: Koexistenz, S. 111.

16 Für den deutschen Wortlaut vgl. Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1977. Berlin (Ost) 1977, S. 511–513.

17 Rede Leonid Breschnews auf der Tagung des ZK der KPdSU. In: Neues Deutschland v. 26.10.1976, S. 3–5, hier: S. 5.

18 Vgl. Rapport und Resolution der Völkerbundversammlung vom 14. Dezember 1939. In: Blauweiß-Buch der Finnischen Regierung. Dokumente über die Entwicklung des finnisch-russischen Konflikts und den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Finnland und der Sowjet-Union am

Das angemäÙte Gewaltmonopol der Kommunisten und die damit einhergehende Befürwortung von Bürgerkriegen bestimmten auch die kommunistische Definition des Terrorismus, der nicht durch seine Methoden, sondern allein durch die politische Einstellung der Akteure und die „Stoßrichtung“ ihrer Aktionen definiert war. Typisch für diese Definition des Terrorismus waren die Ausführungen des tschechoslowakischen Innenministers Obzina auf einer Beratung der Staatssicherheitsorgane der „sozialistischen Bruderländer“ im April 1979 in Prag:

„Wir alle als Kommunisten haben Terror und Terrorismus als Taktik und Mittel des politischen Kampfes bzw. als Mittel zur Lösung sozialer Probleme der menschlichen Gesellschaft stets prinzipiell verurteilt und werden sie stets verurteilen. [...] Aber damit es keine Mißverständnisse und Zweifel gibt: Wir erkennen die ‚revolutionäre Gewalt‘ und auch den ‚bewaffneten Aufstand‘ als Maßnahmen des Kampfes für den Sieg der sozialistischen Revolution und als Maßnahmen des Schutzes der Arbeiterklasse und der Werktätigen vor der Herrschaft des ‚weißen Terrors‘ der Ausbeuterklassen und der reaktionären Kräfte der Konterrevolution an, wie das historisch und wissenschaftlich seinerzeit von W. I. Lenin begründet wurde. Er sagte: ‚Wir sind überzeugt, daß die Erfahrungen der Revolution und Konterrevolution in Rußland die Richtigkeit des Kampfes unserer Partei gegen den Terror als Taktik bestätigt haben. Aber man darf nicht vergessen, daß dieser Kampf in enger Verbindung mit dem erbarmungslosen Kampf gegen den Opportunismus geführt wurde, der geneigt war, jegliche Anwendung von Gewalt seitens der unterdrückten Klassen gegen die Unterdrücker abzulehnen. Wir sind stets für die Anwendung von Gewalt sowohl im Massenkampf als auch in Verbindung mit diesem Kampf eingetreten. Zweitens haben wir den Kampf gegen den Terrorismus mit der langjährigen Propagierung des bewaffneten Aufstandes verbunden [...]‘ Wie aktuell klingen diese Worte heute in unserem Kampf gegen den Terrorismus und Opportunismus rechter und linksradikaler Orientierung. Das ist die revolutionäre, marxistisch-leninistische Haltung zu dieser Frage, die bis heute das Programm des Klassenkampfes geblieben ist.“<sup>19</sup>

### *Die Langzeitstrategie von Breschnews Politbüro*

Die Langzeitstrategie, die die konzeptionelle Basis für die sowjetische Politik der siebziger und frühen achtziger Jahren lieferte, hatte die KPdSU ihren Bundesgenossen vermutlich 1966 in Bukarest auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (PBA) des Warschauer Pakts vorgestellt. Leider sind keine Protokolle zu dieser Tagung im Parteiarchiv der SED überliefert.<sup>20</sup> Die offizielle Deklaration der Bukarester PBA-Tagung<sup>21</sup> nahm das ost-west-politische Leitmotiv der siebziger Jahre allerdings

---

30. November 1939. Basel 1940, S. 97 f. Vgl. dazu ferner Weinberg, Gerhard L.: Eine Welt in Waffen. Die globale Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Stuttgart 1995, S. 118.

19 Internationale Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus vom 3.4.–5.4.1979 in Prag. BStU, ZA, MfS-HA XXII Nr. 284/1, Bl. 23–24.

20 Vgl. zur Einordnung der Bukarester PBA-Tagung Ploetz: Waffensysteme und Strategien, S. 59–63 u. ders.: Breshnews Langzeitstrategie, S. 56–58. Der britische Sowjetologe und Militärexperte Michael McGwire vertritt die These, daß die Sowjets 1966 auch ihre Militärstrategie einer grundlegenden Revision unterzogen, da sie zu der Überzeugung gelangt seien, daß ein zukünftiger Weltkrieg auch unter Ausschluß eines nuklearen Schlagabtausches ausgefochten werden könne. Vgl. McGwire, Michael: Military Objectives in Soviet Foreign Policy. Washington D.C. 1987.

21 Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa, angenommen vom Politischen Beratenden Ausschuß der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf der Konferenz in Bukarest, 5. Juli 1966. In: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.): Die

insofern vorweg, als sie die Forderung nach einem weltweiten „Klima der Entspannung“ mit konkreten Vorschlägen für ein System der europäischen Sicherheit verband. Welche Programmatik die SED intern mit der in Bukarest geforderten Wende zur Entspannung verknüpfte, kann den Ausarbeitungen der Ende 1966 auf Geheiß von Walter Ulbricht gebildeten „Gesamtkommission ‚Strategie und Taktik der Partei‘“ entnommen werden. Aufgabe dieses Gremiums war es, für den Zeitraum bis 1980 strategische Leitlinien im Bereich der Innen-, Außen- sowie der Wirtschaftspolitik zu erarbeiten. Leiter der „Arbeitsgruppe ‚Strategie und Taktik der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik‘“ war der Ulbricht-Intimus Gerhard Kegel, der als langjähriger Mitarbeiter des sowjetischen Militärgeheimdienstes GRU auch als Vertrauensmann des Kremls anzusehen ist.<sup>22</sup>

In ihrem am 7. Dezember 1966 erstellten Arbeitsplan, der die Analyse der außenpolitischen Entwicklung „bis 1975 bzw. 1980“ in prognostischen Einzelstudien vorsah, formulierte die Strategiekommission Fragestellungen, die schon durch ihre militante Wortwahl erkennen lassen, worum es den kommunistischen Entspannungspolitikern ging: „Probleme im Zusammenhang mit der Auflockerung und Aufspaltung des früher mit starren Fronten geführten kalten Krieges und des ihn ablösenden Bewegungskrieges in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus bezogen auf die Situation der DDR“. Entsprechend dem Selbstverständnis ihrer Partei, die Zukunft des deutschen Volkes zu repräsentieren, befaßten sich die SED-Strategen auch mit „Problemen der revolutionären Entwicklung in Westdeutschland“. Außerdem beabsichtigten sie, ein „demokratisches Wirtschaftsprogramm für Westdeutschland“ sowie ein „offensives demokratisches Programm zur Zurückdrängung der Macht der Monopole, des Militarismus und der großkapitalistischen Meinungsfabriken – nach Möglichkeit gestützt auf die Bestimmungen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen“ – zu erstellen.<sup>23</sup> Wie im kommunistischen Strategiedenken üblich, stellte die bis 1971 tagende Strategiekommission an den Anfang aller ihrer Überlegungen das marxistisch-leninistische Epochenverständnis: „Die grundlegende Gesetzmäßigkeit der Klassenaueinandersetzung in unserer Epoche ist die Durchsetzung der sozialistischen Revolution gegen den Imperialismus.“<sup>24</sup> Der globale Endkampf, den dieses Epochenverständnis postulierte, entfaltete sich nach Ansicht der SED-Strategen als „Kampf zwischen integrierten Staatengruppen bei ständiger Tendenz [...], in der wechselseitigen Einwirkung nationale Interessen zur Schwächung des gegnerischen Gesamtsystems zu nutzen“.<sup>25</sup>

Das Wechselverhältnis zwischen der angestrebten Integration des eigenen und der zu bewirkenden Desintegration des gegnerischen Lagers bildete den Rahmen, innerhalb dessen die SED-Strategen ihre Konzeptionen zur Lösung der deutschen Frage entwick-

---

Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien 1955–1980. Berlin (Ost) 1980, S. 79–91.

22 Information über eine Beratung der Arbeitsgruppe ‚Strategie und Taktik der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik‘, bei Gen. Kegel. SAPMO-BArch, DY/30/IVA2/20/7 S. 1; zu Kegels Vita vgl. Müller-Enbergs, Helmut/Wielgohs, Jan/Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Bonn 2000, S. 416; Roewer, Helmut/Schäfer, Stefan /Uhl, Matthias (Hrsg.): Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert. München 2003, S. 233.

23 Protokoll: Erste Arbeitsbesprechung der Arbeitsgruppe ‚Außenpolitik, außenwirtschaftliche Beziehungen, Westdeutschland und Westberlin‘ am 7.12.1966. SAPMO-BArch, DY/30/3310, Bl. 1–7.

24 Arbeitsgruppe I: Probleme der Klassenaueinandersetzung zwischen dem Sozialismus in der DDR und dem Imperialismus in der BRD bis 1980. SAPMO-BArch, DY/30/3311, Bl. 70.

25 Ebd., Bl. 38.

kelten. Dabei lehnten sie es ab, die „deutsche Frage“ begrifflich auf „irgendeine mehr oder minder mechanische Wiedervereinigung“ einzugrenzen, da mit der Gründung der DDR der „Beginn des Auszugs der Deutschen aus dem Lager des Imperialismus und ihres Übergangs in das Lager des Sozialismus“ vollzogen worden sei.<sup>26</sup> Die nationale Mission der DDR bestünde nunmehr darin, die „Klassenauseinandersetzung in Deutschland“ langfristig zugunsten des Sozialismus zu entscheiden: „Im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten vollzieht sich seit über zwanzig Jahren ein Klassenkampf, der um die Klärung der Frage *Wer – wen?* ausgefochten wird. Zu den geschichtlichen Aufgaben der DDR gehört es, dazu beizutragen, daß auch Westdeutschland den Weg heraus aus dem imperialistischen Lager findet. Erst wenn das erreicht ist, kann die Vereinigung der beiden deutschen Staaten aktuell werden.“<sup>27</sup>

Die „Parole der Vereinigung der beiden deutschen Staaten unter diesem oder jenem Vorzeichen“ hielten die SED-Strategen jedoch unter den gegebenen Umständen für unreal, da sich keines der beiden Lager mit der daraus resultierenden Verschiebung des Kräfteverhältnisses abfinden könne. Statt dessen müsse darauf hingewirkt werden, zwischen den beiden deutschen Staaten „Beziehungen friedlicher Koexistenz“ herzustellen und „für einen unbekanntenen historischen Zeitraum“ Wege „des friedlichen Nebeneinander- und Miteinanderlebens“ zu finden.<sup>28</sup> Um die „deutsche Frage“ langfristig dennoch im Sinne der SED zu lösen, sollte den Deutschen zunächst „die Aussichtslosigkeit der auf Annexion der DDR gerichteten ‚Deutschlandpolitik‘ der westdeutschen Imperialisten“ vor Augen geführt werden. Zugleich galt es, den Selbstbehauptungswillen des „Gegners“ zu zermürben: „Auch solche Demonstrationen der militärischen Kraft der Staaten des Warschauer Vertrages, wie sie in den Manövern ‚Oktobersturm‘ und ‚Moldau‘ zum Ausdruck kam, erschüttern das Selbstbewußtsein der über Westdeutschland herrschenden Kreise.“<sup>29</sup> Von dem daraus beim Gegner erwachsenden Gefühl der Ohnmacht erhofften sich die SED-Strategen eine Verschärfung der Spannungen innerhalb des „imperialistischen Lagers“ und einen Prozeß der Demoralisierung: „Die Krise in der NATO und die hiermit wie auch mit der Aussichtslosigkeit der Revanchepolitik verbundene Krise der Führung der westdeutschen Bundeswehr erschütterten das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Bündnissystems und die Zweckmäßigkeit der riesigen Rüstungsausgaben. Die zusätzliche Erkenntnis, daß die NATO-Bundesgenossen der westdeutschen Bundesrepublik nicht bereit sind, sich um der revanchistischen Ziele der Bonner Politik willen in militärische Abenteuer zu stürzen, wirkt ebenfalls ernüchternd.“<sup>30</sup>

Mit der Neugestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen im Sinne der „friedlichen Koexistenz“ wollten die SED-Strategen das Feld für eine langfristige gesellschaftspolitische Offensive bereiten, deren Ziel es war, zu „einer grundlegenden antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung in Westdeutschland“ und darauf fußend zu einer „Vereinigung“ der beiden deutschen Staaten zu gelangen.<sup>31</sup> Entscheidend für die Realisierung dieses Szenarios war es, in der Bundesrepublik eine im Sinne der SED pro-

---

26 Entwurf: Zu einigen wichtigen Aspekten der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen am Vorabend des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Januar 1967. SAPMO-BArch, DY/30/3312, Bl. 27–36.

27 Ebd., Bl. 32.

28 Ebd., Bl. 33–34.

29 Ebd., Bl. 37.

30 Ebd., Bl. 39–40.

31 Ebd., Bl. 54.

gressive Regierung an die Macht zu bekommen und dort zu halten: „Nach einer demokratischen Umwälzung in Westdeutschland werden wir [SED, d.A.] daran interessiert sein, einen Prozeß der Annäherung DDR–Westdeutschland in Gang zu bringen. Die schrittweise enger werdende ökonomische und politische Zusammenarbeit und Kooperation wird begleitet sein müssen von einer nachhaltigen allseitigen Unterstützung der demokratischen Kräfte Westdeutschlands, damit sie die Staatsmacht fest in die Hände bekommen und sich die Basis für die notwendigen Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur schaffen können.“<sup>32</sup>

Im Rahmen ihrer gesellschaftspolitischen Offensive plante die SED einerseits, ihren „Hauptstoß“ weiterhin gegen die CDU/CSU zu richten. Andererseits beabsichtigte sie, das Bewußtsein der Sozialdemokraten und Gewerkschafter so zu konditionieren, daß diese schließlich zu einem Instrument der Systemveränderung werden würden: „SP-Mitglieder und Funktionäre sind die Hauptkraft, die eine Änderung in Westdeutschland bewirken können. Sie sind daher nach wie vor unsere potentiellen Bundesgenossen. Wir müssen daher geduldig unsere Bemühungen fortsetzen, zu einer Gemeinsamkeit der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik zu gelangen.“ Im Sinne eines solchen Gesinnungswechsels sei es erforderlich, „die sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre von ihrem Nationalismus zu kurieren und ihnen klarzumachen, daß zum Beispiel die Nichtanerkennung der DDR und die Forderung nach den Grenzen von 1937 eine für Westdeutschland lebensgefährliche Unterstützung der Revanchepolitik der westdeutschen Imperialisten und ihrer Militaristen ist.“<sup>33</sup>

Für die in der „Etappe bis 1980“ zu leistende Westarbeit wurde das Ziel vorgegeben, in der Bundesrepublik „weitgehende Schritte in der Richtung einer parlamentarischen Demokratie mit antimilitaristischem und antifaschistischem Charakter“ anzustoßen. „SPD-Losungen der ‚sozialen Demokratie‘ und des ‚demokratischen Sozialismus‘“ sollten soweit radikalisiert werden, daß „aus Mitteln zur Stabilisierung des Imperialismus“ solche „zur Durchsetzung einer Mitbestimmung“ würden, welche „die Macht der Monopole als Quelle von Militarismus und Faschismus zunehmend erkennt und durch antiimperialistische Reformen bekämpft, in der die Demokratie immer mehr gegen den Imperialismus statt im Interesse seiner demokratischen Bemäntelung wirkt“.<sup>34</sup> Auch „alle positiven gewerkschaftlichen Forderungen“ sollten bis „zur Brechung privat-monopolistischer Macht“ radikalisiert werden. Dabei war schwerpunktmäßig auf die Bereiche der Zukunftstechnologien sowie des militärisch-industriellen Komplexes einzuwirken, um so „eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung [zu] fördern, die die Zentren der wissenschaftlich-technischen Revolution ergreift, in der Fakten geschaffen würden, die die reaktionären imperialistischen Strömungen und Organisationen unterdrücken, in der also die bestmöglichen Voraussetzungen einer antiimperialistischen und antinazistischen Demokratie und ihres Hinüberwachsens in eine Phase antiimperialistisch-demokratischer Umwälzungen geschaffen werden, die später in den Sozialismus hineinführen werden“.<sup>35</sup>

32 Disposition für die Skizze einer langfristigen Politik gegenüber Westdeutschland. SAPMO-BArch, DY/30/3311, Bl. 2–3.

33 Entwurf: Zu einigen wichtigen Aspekten der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen am Vorabend des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Januar 1967. SAPMO-BArch, DY/30/3312, Bl. 43–46

34 Arbeitsgruppe I: ‚Probleme der Klassenaueinandersetzung zwischen dem Sozialismus in der DDR und dem Imperialismus in der BRD bis 1980‘. SAPMO-BArch DY/30/3311, Bl. 61.

35 Ebd.

In den Ausarbeitungen der Strategie-Kommission spielte der westdeutsche Rechtsextremismus eine wichtige Rolle. Aber weit davon entfernt, sich etwa durch den Ende der sechziger Jahre zu beobachtenden Aufstieg der NPD ins Bockshorn jagen zu lassen, legten die SED-Strategen ein nüchtern kalkulierendes Verhältnis zu diesem Phänomen an den Tag. Ihre Überlegungen drehten sich vor allem darum, wie der westdeutsche Neonazismus im Sinne der SED-Strategie instrumentalisiert werden konnte: „Gerade das Wachsen des Neonazismus im imperialistischen Westdeutschland macht es den anderen Völkern leichter, die Rolle des antifaschistischen sozialistischen Friedensstaates [DDR] zu verstehen und zu begreifen, weshalb in der westdeutschen Bundesrepublik eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung unabdingbar ist, bevor eine reale Politik, die zur Vereinigung der deutschen Staaten führen könnte, auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt werden kann.“<sup>36</sup>

Gleichzeitig stand der „Kampf gegen die Rechtsgefahr“ aber auch im Zentrum jener Bündnisstrategie, mit der die SED das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik in Richtung auf eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung verschieben wollte.<sup>37</sup> Damit die „Enttäuschung der Massen“ über die „Wirklichkeit der von der SPD geführten Regierung [...] nicht für die Schaffung einer solchen Massenbasis des Rechtsradikalismus ausgenutzt wird, die zu einer neofaschistisch geprägten Herrschaftsform führt“,<sup>38</sup> wurde geplant, „die Argumentationslinie in Westdeutschland sowohl gegenüber sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und anderen Kräften der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten als auch für Teile der Monopolbourgeoisie auf die Frage der sie durch den Rechtsradikalismus bedrohenden Gefahren zu konzentrieren, den Kampf gegen die Rechtsgefahr zur optischen Achse der Kritik an der Regierungspolitik und der sie tragenden Parteien zu machen und von daher auch die Kritik gegen den Reformismus anzusetzen“.<sup>39</sup>

Die Doppelbödigkeit der östlichen Entspannungspolitik wird auch daran deutlich, daß die SED-Strategen bereits 1968 davon ausgingen, daß der „Friedenskampf“ mit dem Übergang zur Entspannung ins Zentrum der Ost-West-Konfrontation treten würde. Im „Kampf um den Frieden“ sahen sie das entscheidende kommunikative und organisatorische Vehikel, um im Westen für den antiimperialistischen Kampf zu werben: „Der Sozialismus wird in den 70er Jahren in entscheidendem Maße durch eine sozialistische Friedensstrategie die Überlegenheit seiner zutiefst humanistischen Gesellschaftsordnung über den aggressiven und damit offen menscheitsfeindlichen Imperialismus und seine Globalstrategie beweisen. Er wird damit den notwendigen antiimperialistischen Inhalt des Kampfes um den Frieden zunehmend sichtbar machen und diesen Kampf verstärken.“<sup>40</sup>

---

36 Entwurf: Zu einigen wichtigen Aspekten der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen am Vorabend des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Januar 1967. SAPMO-BArch, DY/30/3312, Bl. 43.

37 Arbeitsgruppe I: „Probleme der Klassenauseinandersetzung zwischen dem Sozialismus in der DDR und dem Imperialismus in der BRD bis 1980“. SAPMO-BArch, DY/30/3311, Bl. 61.

38 Ebd., Bl. 62.

39 Ebd.

40 Arbeitsgruppe I: „Probleme der Klassenauseinandersetzung zwischen dem Sozialismus in der DDR und dem Imperialismus in der BRD bis 1980“. SAPMO-BArch, DY/30/3311, Bl. 37.

### *Von der öffentlichen Planung zur konspirativen Umsetzung*

Der Öffentlichkeit wurde die Langzeitstrategie aus Breschnews Politbüro im Juni 1969 auf der Moskauer „Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“<sup>41</sup> präsentiert: Im programmatischen Hauptdokument der Konferenz wurde ausführlich dargelegt, welchen strategischen Leitlinien der internationale Klassenkampf unter den Vorzeichen von Entspannung und friedlicher Koexistenz zu folgen habe.<sup>42</sup> In einem 1973 erschienenen Band zur Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung brachte Wadim Sagladin, Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU, die Programmatik der Moskauer Beratung nochmals auf den Punkt: „Das von der Beratung unterbreitete Kampfprogramm ist ein Offensivprogramm. Der Imperialismus muß nicht nur gezügelt, er muß vernichtend geschlagen werden.“<sup>43</sup>

Obleich im Hauptdokument der „Kampf um den Frieden“ als „Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte“ benannt wurde,<sup>44</sup> ließen dessen Verfasser keinen Zweifel daran, daß die Politik der „friedlichen Koexistenz“ weder eine Bestandsgarantie für die bürgerliche Gesellschaft noch einen kommunistischen Gewaltverzicht implizierte: „Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, den bewaffneten und nichtbewaffneten Weg zu beschreiten. [...] Diese Politik bedeutet weder die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse noch eine Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes gegen den Imperialismus im nationalen und internationalen Maßstab bei.“<sup>45</sup> Dieser „Klasseninhalt“ der „friedlichen Koexistenz“ galt nicht nur für den Befreiungskampf in der Dritten Welt, sondern auch für die Klassenauseinandersetzung in den westlichen Metropolen. Im Hauptdokument wurden die Kommunistischen Parteien in den westlichen Demokratien explizit zu einem mit allen Mitteln geführten Machtkampf angehalten: „Das unveräußerliche, unbestreitbare Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern ist der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege.“<sup>46</sup>

In den entwickelten kapitalistischen Ländern, die ansonsten wenig Ansatzpunkte für kommunistische Machtergreifungen boten, sollte der von der Moskauer Beratung als „Hauptkettenglied der gemeinsamen Aktionen der antiimperialistischen Kräfte“ bezeichnete Friedenskampf als revolutionärer Katalysator dienen. In diesem Sinne fixier-

---

41 Die Bedeutung der Moskauer Beratung kann unter anderem daran abgelesen werden, daß sie in der 2. und 3. Auflage des *Kleinen Politischen Wörterbuchs* als eigenständiges Schlagwort auftaucht. Vgl. Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, 1969. In: Kleines Politisches Wörterbuch, 2. Auflage. Berlin (Ost) 1973, S. 561–565; Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, 1969. In: Kleines Politisches Wörterbuch, 3. Auflage. Berlin (Ost) 1978, S. 383–386.

42 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien – Moskau 1969, Prag 1969, S. 12–46.

43 Sagladin, Wadim: Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik. Berlin 1973, S. 57.

44 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, S. 36.

45 Ebd., S. 37.

46 Ebd.

te das Moskauer Hauptdokument eine Reihe von Zielen für Kampagnen, die neben einer Mobilisierung der Massen die Untergrabung der Verteidigungsfähigkeit des Westens bewirken sollten: „Schaffung kernwaffenfreier Zonen“, „Verstärkung des Kampfes gegen alle Formen des Militarismus, besonders gegen den militärisch-industriellen Komplex der USA und anderer imperialistischer Staaten“, „eine radikale Kürzung der Militärausgaben“ und „Liquidierung der Militärblöcke“.<sup>47</sup>

Angesichts derart weit gesteckter Ziele verwundert es nicht, daß das 1969 in Moskau verabschiedete „Kampfprogramm“ optimistisch auf die anstehende Etappe der Auseinandersetzungen blickte: „Die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Lage in der Welt ermöglicht es, den Kampf gegen den Imperialismus auf eine neue Stufe zu heben. Durch die Verstärkung der Offensive kann die entscheidende Überlegenheit über ihn errungen [...] werden.“<sup>48</sup> Ganz ohne Realitätssinn war diese Lageanalyse nicht, sah sich der Westen doch Anfang der siebziger Jahre – genannt seien hier nur die Niederlage der USA in Vietnam, der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und die Ölkrise – mit einer tiefen Krise konfrontiert.

Organisatorischer Anfangspunkt der 1969 angekündigten „Friedensoffensive“ war der Moskauer „Weltkongreß der Friedenskräfte“ vom Oktober 1973. Eingebettet in eine Reihe von Vor- und Nachbereitungstreffen, sollte diese Großveranstaltung die Aktivitäten der westeuropäischen Protestbewegungen von den Problemen der Dritten Welt, insbesondere dem Vietnamkrieg,<sup>49</sup> wegleiten und statt dessen auf Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit fokussieren.<sup>50</sup> Welche Denkprozesse bei den westlichen Besuchern des Weltkongresses ausgelöst werden sollten, lassen die „Arbeitsmaterialien für die Delegation der DDR“ erkennen, mit denen sich die SED-Kader für die in Moskau zu führenden Gespräche wappneten. Ausgangspunkt war wiederum das marxistisch-leninistische Epochenverständnis, das die Gegenwart als Zeit der „Wende von der Ära des kalten Krieges, der zugespitzten Kriegsgefahr, zu einer Zeit, in der der Weltfrieden dauerhaft gewährleistet werden kann“, charakterisierte. Als Ursache für diesen „geschichtlich außerordentlich bedeutungsvollen Umbruch“ wurde die „gewachsene Macht der UdSSR [...] und ihrer Verbündeten im Friedenskampf“ angeführt. Trotzdem sei zu beachten, daß die günstige Lageentwicklung „kein Prozeß des Selbstlaufs“ sei, und „neue Aufgaben und Möglichkeiten“ es „gerade gegenwärtig“ erforderlich machten, das Bündnis der „Triebkräfte des Kampfes um Frieden und friedliche Koexistenz“ zu vertiefen.<sup>51</sup>

Freimütig sollte die SED-Delegation einräumen, daß die Kommunisten ihren „beharrlichen Kampf um die dauerhafte Sicherung des Weltfriedens“ nicht alleine zum Erfolg

---

47 Ebd., S. 36–39.

48 Ebd., S. 35.

49 Vermerk über das Gespräch bei Genossen V. Sagladin [...] am 27. Februar 1973 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/55, Bl. 128–129. Bei einem Treffen im Juli 1973 beschwerten sich die vietnamesischen Kommunisten über diesen Prioritätenwechsel in der sowjetischen Auslandspropaganda. Dabei machten sie geltend, daß „trotz des Sieges über den USA-Imperialismus [...] der Krieg in Indochina weitergeführt wird“. Vgl. SAPMO-BArch, DY/30/vorl. SED 32447/1, Bericht über das 2. Internationale Konsultativtreffen vom 7.–9.7.1973 in Moskau zur Vorbereitung des Weltkongresses der Friedenskräfte, S. 3.

50 Zum Weltkongreß der Friedenskräfte und zur Entfaltung der sowjetischen Friedensoffensive im Jahre 1973 vgl. Ploetz: Breshnews Langzeitstrategie, S. 69–74 u. ders.: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, S. 121–129.

51 Weltkongreß der Friedenskräfte, Moskau 25.10.–31.10.1973. Arbeitsmaterialien für die Delegation der DDR. SAPMO-BArch, DY/30/IV B 2/2.028/54, Bl. 5–6.

führen konnten: „Sie wissen und berücksichtigen vielmehr, daß sich im Kampf um die Erhaltung des Friedens die übergroße Mehrheit der Menschheit miteinander vereinen muß.“<sup>52</sup> Im weiteren Gespräch sollte mit Hinweis auf die Bedrohung, die vorgeblich von dem mit atomaren Massenvernichtungswaffen ausgestatteten Imperialismus ausgeht, herausgearbeitet werden, welche Minderheit das Überleben der Menschheit gefährdete. Der Verweis auf die lokalen Kriege in der Dritten Welt sollte den Gesprächspartnern die ungeachtet der Entspannungspolitik fortwährende Aktualität dieser Gefahr vor Augen halten: „In unserer Epoche, in der sich die Geschicke der Völker immer mehr miteinander verbinden, in der sich die internationale und die innerstaatliche Entwicklung in zunehmendem Maße miteinander verflechten, ist jeder scheinbar noch so lokal begrenzte Krieg eine weltpolitische Größe. Er berührt die Interessen aller Völker unmittelbar, nicht nur weil in ihm stets die Gefahr seiner Eskalation zum Weltkrieg besteht, sondern auch deshalb, weil der Grad der Internationalisierung der gesellschaftlichen Beziehungen und des Klassenkampfes in unserer Zeit ein solches Ausmaß angenommen hat, das es keinem Volk ermöglicht, sich in der Krieg-Frieden-Frage neutral zu verhalten und sich ihr zu entziehen.“<sup>53</sup>

Bezeichnenderweise diente der „Friedensappell der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969“ den SED-Kadern als zentraler Bezugspunkt, um ihren westlichen Gesprächspartnern den Weg aus der nuklearen Gefahr hin zum kommunistischen Weltfriedensreich zu weisen.<sup>54</sup> Die Friedensbotschaft, um deren Vermittlung es 1973 in Moskau ging, erweist sich denn auch nur als eine Neuauflage des vier Jahre zuvor am selben Ort verabschiedeten Revolutionsprogramms: „Es ist das hervorragende Verdienst W. I. Lenins, wenn er als eine der grundlegenden Thesen des Marxismus-Leninismus zur Krieg-Frieden-Problematik herausstellte, daß ein demokratischer, von breiten Volksmassen ersehnter Frieden nur durch die Zurückdrängung der aggressivsten imperialistischen Kräfte und nur unter Führung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse errungen werden kann. [...] Angesichts der vom Imperialismus heraufbeschworenen [...] völlig neuen Dimension des Krieges verkörpert die internationale Arbeiterklasse, an ihrer Spitze die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, mit ihrem revolutionären Kampf die Alternative zum imperialistischen Krieg. Der Friedenskampf, der sich heute unter der Führung der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft machtvoll entfaltet, ist darauf gerichtet, diese Schicksalsfrage der Menschheit zu lösen.“<sup>55</sup> Daß der „Weltkongreß“ Teil einer Kampagne war, die zur zielstrebigem Umsetzung von Breschnews Langzeitstrategie diente, unterstreicht seine Rezeption durch die SED. In einem internen Bericht wurde hervorgehoben, daß die Teilnehmer „eine gemeinsame politische Plattform für Aktionen erarbeitet“ haben, „die der strategischen Linie des XXIV Parteitages der KPdSU und der sozialistischen Staatengemeinschaft entspricht“. Auch mit den auf dem „Weltkongreß“ vermittelten Inhalten zeigte sich die SED zufrieden: Einerseits sei überzeugend demonstriert worden, „daß der Friede vom Sozialismus ausgeht“. Andererseits habe einer allzu optimistischen Lagebeurteilung entgegengewirkt werden können: „Der Kongreß trug dazu bei, jeglichem Nachlassen der Wachsamkeit zu begegnen und ‚Entspannungssillusionen‘ abzubauen.“<sup>56</sup> Es sei die Grundlage dafür geschaffen worden,

52 Ebd., Bl. 6.

53 Ebd., Bl. 7.

54 Ebd.

55 Ebd., Bl. 9 f.

56 Information über den Verlauf und die Ergebnisse des Weltkongresses der Friedenskräfte vom 25. bis 31. Oktober 1973. SAPMO-BArch, DY/30/vorl. SED 32447/1, S. 2–3. Zum XXIV. KPdSU-

den „Friedenskampf“ auf einer neuen Ebene fortzusetzen: „Der Kongreß hat die gesellschaftlichen Kräfte entsprechend den neuen Notwendigkeiten und Möglichkeiten auf einer höheren Ebene zusammengeführt. [...] Es wurde das Verständnis vertieft, daß der Kampf um Frieden und Sicherheit eng mit dem nationalen und sozialen Kampf in den kapitalistischen Staaten und dem Kampf um Befreiung und nationale Unabhängigkeit verbunden ist.“<sup>57</sup>

### *Umsetzung der Strategie auf der paramilitärischen Ebene*

Im Kontext der sowjetischen Gesamtstrategie war es keineswegs nur eine ideologische Pflichtübung, wenn auch die „tschekistischen Einsatzgruppen“, die das MfS für Terror- und Sabotageoperationen in Westeuropa bereithielt, die optimistische Zeitdiagnose der Moskauer Beratung von 1969 als Ausgangspunkt für ein 1974 verfaßtes Strategiepapier wählten, das dem „Zusammenwirken mit patriotischen Kräften im Operationsgebiet bei der Durchführung offensiver tschekistischer Kampfmaßnahmen“ gewidmet war.<sup>58</sup> Ausgehend von der 1969 prognostizierten Zunahme der „sozialpolitische[n] Labilität des Kapitalismus“ und dem damit einhergehenden Aufschwung des Klassenkampfes, erwarteten die paramilitärischen „Einsatzkader“ des MfS, daß „tschekistische Einsatzgruppen“ fortan bei der Durchführung von Sabotage- und Terroranschlägen im westeuropäischen „Operationsgebiet“ verstärkt auf die Unterstützung von sogenannten „patriotischen Kräfte[n]“ würden zurückgreifen können. Dabei handelte es sich gemäß der Stasi-Terminologie um solche Bürger westlicher Staaten, die „im wahren Interesse ihres Volkes konsequent revolutionär für eine Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse eintreten und bereit sind, dafür etwas zu tun, ihr Leben einzusetzen.“<sup>59</sup>

Zwar sollten die „patriotischen Kräfte“ in erster Linie den „tschekistischen Einsatzgruppen“ bei der Umsetzung eines Einsatzspektrums zuarbeiten, welches selbst unter „relativ friedliche[n] Verhältnisse[n] [...] des normalen, koexistierenden, abgegrenzten Nebeneinanderbestehens bei fortschreitender Tendenz der internationalen Entspannung“ solche Aufgaben wie das „Zerstören“, „Vernichten“, „Lahmlegen“, „Desorganisieren“, „Ausschalten“ und „Liquidieren“ ausgewählter Klassenfeinde umfaßte.<sup>60</sup> Auf längere Sicht sollte sich das Verhältnis der „patriotischen Kräfte“ zu den tschekistischen Einsatzgruppen aber nicht allein auf die dienende Rolle lokaler Hilfstruppen beschränken. Die MfS-Kämpfer begriffen es vielmehr als ihre Aufgabe, im Falle einer „als Vorstufe einer revolutionären Situation“ bezeichneten „Krisensituation des Operationsgebietes“ massiv zugunsten der „patriotischen Kräfte“ in den sich entfaltenden Bürgerkrieg zu intervenieren. In einer Krisensituation bedeutete dies, „daß

- sich die tschekistischen Aktionen und Operationen vorwiegend auf solche Angriffsobjekte konzentrieren, die die Entfaltung der patriotischen Bewegung behindern, die die Macht der herrschenden Monopole stärken, die den Staatsapparat fähig machen, die entstandene Situation zu beherrschen;

---

Parteitag und seinem Friedensprogramm vgl. Friedensprogramm des XXIV. und XXV. Parteitages der KPdSU. In: Kleines Politisches Wörterbuch, 3. Auflage. Berlin (Ost) 1978, S. 256 f.

57 Ebd., S. 2.

58 Dokument 5. In: Auerbach, Thomas: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage. Berlin 1999, S. 142–146, hier: S. 142.

59 Ebd., S. 143.

60 Dokument 4. In: Ebd., S. 132–141.

- [daß] in der Taktik der offensiven Kampfmaßnahmen die psychologischen Kampfmethoden und -mittel eine besondere Rolle spielen und zur zahlenmäßigen Stärkung und Erhöhung der Kampfkraft der patriotischen Kräfte auf der einen Seite und zur Lähmung der reaktionären Kräfte, ihrer Demoralisierung, Verunsicherung bis zur Auslösung von Panik auf der anderen Seite eingesetzt werden müssen;
- [daß] sich die tschekistische Aktionen gegen solche Objekte wie Gefängnisse, Zuchthäuser, örtliche Waffen- und Munitionsdepots, örtliche Zentren der Reaktion richten müssen, um patriotische Kräfte zu befreien, zu bewaffnen, die Reaktion zu entwaffnen;
- [daß] über eine verstärkte Aufnahme von Kontakten mit den Führern der patriotischen Kräfte ein Zusammenwirken und abgestimmtes Vorgehen erreicht wird und ihnen durch die Möglichkeiten der tschekistischen Einsatzkräfte auch materielle Unterstützung gegeben werden kann;
- [daß] Maßnahmen zu treffen sind, [durch] die eine Unterwanderung der patriotischen Bewegung durch links- oder rechtsradikale Kräfte verhindert wird, die Führung der patriotischen Kräfte durch die kommunistische Partei, den fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse, gesichert wird.<sup>61</sup>

„Die Hauptaufgabe der tschekistischen Einsatzkräfte in einer revolutionären Situation im Operationsgebiet“ bestand dementsprechend darin, „die für diese Situation formulierten Aufgaben dort, wo sie erforderlich sind, weiterzuführen und zur Erlangung der militärischen Führungsrolle zu nutzen. Es geht darum, alle operativen Möglichkeiten und Potenzen für den Sieg in der Klassenauseinandersetzung mit dem Feind einzusetzen, den bewaffneten Kampf zu organisieren, die Kämpfer zu schulen und zu führen.“<sup>62</sup>

Leider gewähren die „Einsatzgrundsätze“ der MfS-Paramilitärs keinen Aufschluß darüber, welche Gruppierungen die SED-Staatssicherheit zu ihren auch militärpolitisch nutzbaren Bündnispartnern im Westen zählte. Es besteht allerdings Grund zu der Annahme, daß nicht nur der paramilitärische Arm der DKP, dessen westdeutsche Kader vom MfS in der DDR ausgebildet wurden, gemeint war.<sup>63</sup> Vielmehr ist davon auszugehen, daß die Marxisten-Leninisten auch auf diesem Feld nach ihrer bewährten bündnispolitischen Konzeption den Schulterschuß mit allen möglichen militanten Gruppen im westlichen Operationsgebiet suchten, solange diese denselben „Hauptfeind“ wie der Warschauer Pakt bekämpften.

MfS-Generalmajor Neiber legte auf der bereits erwähnten „Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus“ vom 3. bis 5. April 1979 in Prag dar, daß das MfS „an die Einschätzung von Erscheinungen des Terrorismus stets von marxistisch-leninistischen Klassenpositionen aus“ herangehe.<sup>64</sup> Während Neiber einerseits betonte, daß der Terrorismus dem Marxismus-Leninismus wesensfremd sei, betrachtete er andererseits die Zunahme terroristischer Gewalt in den westlichen Staaten als

61 Dokument 5. In: Ebd., S. 145.

62 Ebd., S. 146.

63 Vgl. dazu Baron, Udo: ‚Gruppe Ralf Förster‘: Die geheime Militärorganisation von DKP und SED in der Bundesrepublik. In: Deutschland Archiv, Nr. 6/2005, S. 1009–1013.

64 Entwurf: Rede des Leiters der Delegation des MfS auf der Beratung der Bruderorgane zu Problemen der Bekämpfung des Terrorismus (Prag, vom 3. bis 5. April 1979). BStU, ZA, MfS-HA XXII, Nr. 11/1, Bl. 179. Da sich der „Entwurf“ im Konvolut der anderen Tagungsbeiträge befindet, ist davon auszugehen, daß Neiber die Rede auch tatsächlich so gehalten hat.

gleichsam naturgegebenen „Ausdruck der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus“.<sup>65</sup> Er sprach sich daher dafür aus, zwischen den militanten und gewaltbereiten Gruppen im Westen je nach Zielsetzung zu differenzieren: „Uns geht es darum, möglichst konkret aufzuklären und einzuschätzen, gegen wen sich der Hauptstoß derartiger Organisationen, Gruppierungen und Kräfte richtet, um davon ausgehend unsere Verhaltensweise ihnen gegenüber zu bestimmen.“<sup>66</sup> Zu den Kriterien, die das MfS zur Kooperation mit Terrorgruppen wie der RAF veranlaßten – Neiber erwähnte hier die Tolerierung der Durchreise von Terrorverdächtigen<sup>67</sup> –, führte er aus:

„Wie unsere bisherigen Erfahrungen jedoch zeigen, richteten bestimmte linksextremistische Kräfte der BRD, z.B. die anarchistisch-terroristischen Gruppen unter der Bezeichnung ‚Rote Armee Fraktion‘, ‚Revolutionäre Zellen‘ oder ‚Bewegung 2. Juni‘ ihren terroristischen Hauptstoß bisher vor allem gegen führende Politiker und andere prominente Vertreter des Imperialismus sowie gegen bestimmte Einrichtungen und Objekte des imperialistischen Staatsapparates.

Diese Erkenntnisse und Tatsachen belegen die Wichtigkeit, zwischen den Zielen, den politischen Haltungen und Motiven der verschiedenen Terrororganisationen im Operationsgebiet zu unterscheiden.

Wir meinen, daß es richtig ist, sich gegenüber politisch-extremistischen Kräften, die ihre terroristischen Aktivitäten bisher ausschließlich gegen das imperialistische Herrschaftssystem richteten, prinzipiell so zu verhalten, daß sie durch unser Handeln ihnen gegenüber nicht unmittelbar dazu angeregt werden, mit ihren äußerst brutalen Handlungsweisen auch gegen uns, gegen den Sozialismus vorzugehen.“<sup>68</sup>

Der Umstand, daß Neiber den Schutz des Sozialismus vor Racheakten als Motiv für die Kooperation mit linksextremistischen Gruppen wie der RAF anführte, sollte nicht zu hoch bewertet werden. Vermutlich handelt es sich hierbei um eine auch intern verwandte Legendierung, die bis heute erfolgreich von den eigentlichen Motiven der SED und ihrer Staatssicherheit ablenkt. Dafür spricht die Tatsache, daß auch die anderen Staatssicherheitsorgane bei der Prager Konferenz nicht aus dem Nähkästchen plauderten, sondern lieber die für die Außendarstellung bestimmten Lügenmärchen wiederholten. Der Vertreter Bulgariens tat beispielsweise so, als habe sein Dienst nichts mit dem Tod „der Verräter Georgi Markow und Wladimir Simeonow“ zu tun.<sup>69</sup> Mittlerweile ist jedoch gut dokumentiert, wie der KGB und die bulgarische Staatssicherheit bei der Ermordung des im Londoner Exil lebenden Schriftstellers Markow kooperierten.<sup>70</sup> Als Neiber sich 1979 vor der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam zu den Ergebnissen der Prager Konferenz äußerte, betonte er überdies ausdrücklich, wie wichtig es gerade im Bereich des Terrorismus sei, „daß jede entsprechende operative Maßnahme so legendiert wird, daß nicht der Eindruck entsteht, derartige Organisationen würden von uns bearbeitet werden“.<sup>71</sup> In diesem Zusammenhang verwies Neiber auch auf einen Vorschlag des KGB, „auf der Grundlage einer gemeinsam präzise aus-

---

65 Ebd., Bl. 177.

66 Ebd., Bl. 181.

67 Ebd., Bl. 182.

68 Ebd., Bl. 180.

69 Rede des Leiters des MdI des VRB. BStU, ZA, MfS-HA XXII, Nr. 11/1, Bl. 150.

70 Andrew, Christopher/Mitrochin, Wassili: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen. Berlin 1999, S. 482–484.

71 Ausführungen vor dem Kollegium der Juristischen Hochschule Potsdam 1979. BStU, ZA, MfS-HA XXII, Nr. 11/1, Bl. 57.

gearbeiteten Konzeption an der Kompromittierung der Geheimdienste des Gegners zu arbeiten“.<sup>72</sup>

Sucht man Aufschluß über die Zielsetzungen der paramilitärischen Bündnispolitik des MfS, so liefern die von Neiber dargelegten Entscheidungskriterien für eine Zusammenarbeit mehr Erkenntnisse als die von ihm genannten Motive. Vor der Juristischen Hochschule stellte er noch unverblümter als in Prag klar, daß die Schädigung des gemeinsamen Feindes das ausschlaggebende Entscheidungskriterium dafür war, die außenpolitisch höchst riskante Zusammenarbeit mit westdeutschen Terrorgruppen einzugehen:

„Wir müssen dabei stets bestrebt sein, politisch und operativ gut durchdachte, alle möglichen Auswirkungen berücksichtigende Entscheidungen zu treffen, um den Eintritt politischen Schadens für die DDR und unsere Bruderstaaten zu vermeiden. Dazu gehören auch konkrete Überlegungen, wie alles vermieden werden kann, was vom Gegner zum Anlaß genommen werden könnte, die DDR zu beschuldigen, sie würde den Terrorismus begünstigen, ohne dabei zu übersehen, daß es Kräfte gibt, die sich zwar terroristischer Mittel und Methoden bedienen, die wir ablehnen, die sich jedoch ganz entschieden gegen den Imperialismus richten, der auch unser ärgster Feind ist.“<sup>73</sup>

Gegen den Linksterrorismus in der Bundesrepublik wandte Neiber lediglich ein, daß dessen Aktivitäten einen Ausbau des polizeilichen und juristischen Staatsapparats nach sich gezogen hatten, der es „dem Gegner“ ermögliche, „den politischen Kampf der wahrhaft fortschrittlichen Kräfte in der BRD zu ‚kriminalisieren‘ und vor allem auch mit juristischen Mitteln zu bekämpfen“.<sup>74</sup>

Wegen der hohen sozialen Stabilität der Bundesrepublik blieb es den „tschekistischen Einsatzgruppen“ glücklicherweise verwehrt, jemals die ihnen von ihren Dienstherren zugeordnete Rolle des Kerns einer revolutionären Streitmacht wahrzunehmen. Trotz beständiger Kampagnen zur Destabilisierung der Bundesrepublik formierte sich im westdeutschen Operationsgebiet auch keine Guerilla, sondern lediglich eine weithin isoliert agierende Rote Armee Fraktion.

Andere Nato-Staaten hatten wesentlich weniger Glück. So war die Lage der unter erheblichen Modernisierungsproblemen leidenden Türkei<sup>75</sup> in den siebziger und achtziger Jahren zunächst von ausuferndem Terror, dann ab 1982 vom Guerillakrieg der kurdischen PKK geprägt.<sup>76</sup> Von amerikanischen und türkischen Stellen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß der Terrorismus in der Türkei in beträchtlichem Maße von der bulgarischen Staatssicherheit gefördert wurde. Mit Hilfe der Staatshandelsfirma KINTEX schmuggelten die Bulgaren Waffen, die zur Aufrüstung militanter Gruppen in der Türkei dienten und von diesen mit der Lieferung von Drogen bezahlt wurden.<sup>77</sup> Im Oktober 1982 trug der bulgarische Innenminister Stojanow Erich Mielke

72 Ebd., Bl. 55.

73 Ebd., Bl. 24.

74 Ebd., Bl. 20.

75 Zum Wechselverhältnis von Modernisierungsproblematik und politischem Extremismus in der Türkei vgl. Steinbach, Udo: Das politische System der Türkei in der Bewährungsprobe. In: Jahrbuch für Ost-West-Fragen 1979. Elemente des Wandels in der westlichen Welt. Köln 1979, S. 181–200.

76 Vgl. zum Guerilla-Krieg der PKK Daase, Christopher: Kleine Kriege – Große Wirkungen. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert. Baden-Baden 1999, S. 186–212.

77 DEA Report on Bulgarian Involvement in Drug Traffic. In: Ra'anan u.a. (Hrsg.): Hydra, S. 450–475; University of Ankara (Hrsg.): International Terrorism and the Drug Connection. Ankara 1984.

freimütig die Strategie der bulgarischen Staatsicherheit gegenüber der Türkei vor: „Nachdem die Amerikaner den Iran verlassen haben, ist die Türkei der neue Gendarm im Nahen Osten. Sie haben eine große Armee mit der Möglichkeit, 5– 6 Millionen Soldaten zu mobilisieren. Bei der Ausrüstung erhalten sie die Unterstützung der USA und der BRD. [...] Deshalb ist die Türkei für uns der Hauptfeind, weil die USA und die NATO dahinterstehen.“<sup>78</sup>

Nachdem die „fortschrittliche Bewegung“ der Türkei durch die Machtübernahme des Militärs im Jahre 1980 ausgeschaltet und die PLO zwei Jahre später von den Israelis aus Beirut vertrieben worden war, sah Stojanow im Kurdenproblem „eine große Reserve“ zur fortgesetzten Destabilisierung des türkischen „Hauptfeindes“ im besonderen und des Nahen Ostens im allgemeinen:

„Ein großes Problem ist das Kurdenproblem. Sie leben im Irak, Iran, in Syrien, in der Türkei (8 Millionen). Nachdem der palästinensische Widerstand seine militärischen Kräfte verloren hat, ist für uns als sozialistische Länder das Kurdenproblem eine große Reserve. Der Kampf um die Gründung eines Kurdenstaates bedeutet, daß die Kraft der Türkei und des Iran abnehmen wird, und die Schaffung eines fortschrittlichen Staates, der sich erfolgreich der Wirkung des Imperialismus entgegenstellt.

Sehr interessant für uns war, daß die englische Labour-Partei sich die gleiche Aufgabe gestellt hat. Müssen uns beeilen, daß sie nicht als erste diese Aufgabe erfüllen. An der Spitze der Kurden sollen solche Menschen stehen, die den Kommunisten nahestehen.

Unsere Aufgabe in der Türkei ist es, die fortschrittliche Bewegung zu unterstützen. Jetzt befindet sich diese Bewegung im Zustand der Auflösung. Sie hat einen schweren Schlag erlitten. Wir haben Kontakte durch die Agentur. Sie erhalten materielle Unterstützung. Sind überzeugt, daß wir wieder die Möglichkeit zur Arbeit in der Türkei haben werden.“<sup>79</sup>

#### *Der Strategiestreit zwischen KPdSU und PCI*

Das revolutionäre „Kampfprogramm“, das die Moskauer Beratung 1969 in ihrem Hauptdokument verabschiedet hatte, stieß nicht auf die ungeteilte Zustimmung der westeuropäischen kommunistischen Parteien. Besonders heftig fiel die Ablehnung der starken italienischen KP (PCI oder IKP) aus. Bereits in Moskau distanzierte sich Enrico Berlinguer, der 1972 zum Generalsekretär der PCI aufsteigen sollte, von dem sowjetischen Dogma, „daß es ein einheitliches und für alle Situationen taugliches Modell der sozialistischen Gesellschaft“ gebe. Statt dessen beanspruchte er für die PCI das Recht, „den Vormarsch zum Sozialismus auf einem demokratischen Weg“ zu beschreiten, bei dem „die Hegemonie der Arbeiterklasse [...] in einem pluralistischen und demokratischen politischen System“ und „unter Teilnahme verschiedener politischer Kräfte, Organisationen und Parteien“ verwirklicht werden würde. Außerdem sprach Berlinguer ein „nachdrückliche[s] Nichteinverständnis mit dem Einmarsch der Truppen der fünf Länder des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei“ aus. Der Breschnew-Doktrin, mit der 1968 der Einmarsch in Prag gerechtfertigt worden war, stellte Berlinguer die Konzeption „der strikten Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität jeder Partei und jedes Landes“ entgegen.<sup>80</sup>

---

78 Notiz über die Gespräche des Genossen Minister mit dem Minister des Innern der VR Bulgarien – Gen. Stojanow – am 21.10.1982 in Sofia. BStU, ZA, MfS-ZAIG 5625, Bl. 10.

79 Ebd., Bl. 14.

80 Internationale Beratung der kommunistischen Arbeiterparteien, S. 470 u. 479.

Berlinguers Rede auf der Moskauer Beratung markiert den Beginn eines heftigen Strategiestreits zwischen der PCI und der KPdSU, bei dem es um nichts weniger als die unterschiedlichen Ansichten zur Perspektive einer gewaltsamen Revolution in Italien ging. Auf sowjetischer Seite waren die Hauptprotagonisten dieser Auseinandersetzung, deren Schärfe in den siebziger Jahren stetig zunahm, Boris Ponomarjow, der das Amt des ZK-Sekretärs für Internationale Verbindungen bekleidete, sowie sein Stellvertreter Wadim Sagladin. Während die PCI-Führung unter Berlinguer bestrebt war, sich auf dem Wege des historischen Kompromisses mit den italienischen Christdemokraten ein Stück Machtteilhabe zu sichern, forderten Ponomarjow und Sagladin von der PCI, angesichts der Krise der italienischen Gesellschaft die politische Entscheidungsschlacht zu wagen und dabei nicht vor dem Einsatz von Gewalt zurückzuschrecken.<sup>81</sup>

In ihren Gesprächen mit Hermann Axen, der im Politbüro der SED für Außenpolitik zuständig war, machten Ponomarjow und Sagladin aus ihrer tiefen Abneigung gegenüber dem vorsichtigen Reformkurs der PCI kein Geheimnis. So beklagte Ponomarjow am 27. Februar 1973 einerseits das mangelnde Interesse der italienischen Genossen an der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes, während er andererseits auf die Möglichkeiten hinwies, die durch die explosive Lage in Italien gegeben seien: „In den Kontakten mit der IKP zeigten sich bereits in der Zeit, in der Togliatti und Longo an der Spitze der Parteiführung standen, Unterschiede in Grundfragen. Delegationen der KPdSU, die zur Zeit des Genossen Togliatti in Italien weilten, stellten bereits damals eine einseitige Orientierung auf den friedlichen Weg fest. Das heißt, die Mitglieder der IKP wurden nicht auf zwei Wege vorbereitet. In Italien ist viel Zündstoff angehäuft, der in jedem Moment zur Explosion führen kann. Die Partei muß das Volk darauf vorbereiten. Genosse Pajetta stellte der KPdSU die Frage, ob die IKP Waffen kaufen sollte. Die KPdSU antwortete darauf, daß im Kopf der Arbeiterklasse alle Formen des Kampfes klar sein müssen und die Partei darauf vorbereitet sein muß.“<sup>82</sup>

Bei Ponomarjows Versuchen, die PCI zu einer militanteren Haltung zu drängen, diente das Schreckbild eines wiedererstarkenden Faschismus als zentrales Argument. Zu Axen sagte er: „Die KPdSU hat die führenden Genossen der IKP ständig auf die Gefahr von rechts und des Faschismus aufmerksam gemacht. Trotzdem brachten die italienischen Genossen zum Ausdruck, daß sie keine unmittelbare ernste Gefahr sehen. Die sowjetischen Genossen verwiesen gegenüber den italienischen Genossen auf das Beispiel Griechenland, wo ein kleiner Truppenteil genügte, um einen Militärputsch zu vollziehen. Auch das war ein Ausdruck dafür, daß es notwendig ist, die Massen zu bewaffnen.“<sup>83</sup>

Was die KPdSU von einer einseitigen Orientierung auf den friedlichen Weg hielt, kann man in dem 1972 erschienenen Band *Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß* nachlesen. Dort hieß es: „Der Marxismus-Leninismus vertrat stets die Auffassung, daß es eine an Verrat an den Massen grenzende Naivität wäre, auf den Zeitpunkt zu warten, zu dem sich die Möglichkeit einer lediglich friedlichen Entwicklung der

---

81 Zum öffentlich ausgetragenen Teil dieser Auseinandersetzung vgl. Leonhard, Wolfgang: Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West. München 1978.

82 Vermerk über das Gespräch beim Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Genosse B.N. Ponomarjow, am 27. Februar 1973 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/55, Bl. 57–58.

83 Ebd., Bl. 58.

Revolution ergibt.“<sup>84</sup> Die KPdSU lehnte das Festhalten der PCI am friedlichen Weg auch deshalb ab, weil ihrer Meinung nach die italienische KP die Möglichkeit, eine Mehrheit an den Wahlen zu erringen, hoffnungslos überschätzte. Ebenfalls am 27. Februar 1973 sagte Sagladin zu Axen: „Uns beunruhigt die Position der IKP hinsichtlich des Übergangs zum Sozialismus. Es ist eine Illusion, die Mehrheit der Massen vor der sozialistischen Revolution zu gewinnen und den Sozialismus aufbauen zu wollen.“<sup>85</sup>

Mit Sagladins Geringschätzung für die Wahlen korrespondierte Ponomarjows Vertrauen in die Organisierbarkeit der Revolution. 1974 erklärte er, „daß das von der heutigen Warte Wichtigste und Wertvollste an den Erfahrungen der Bolschewiki die Rolle der Kommunistischen Partei bei der Schaffung der Bedingungen für die Eroberung der Macht und für deren Bewahrung ist“. Sich auf Marx berufend, präziserte er: „Um dieses Thema abzuschließen, sei noch an eine Prophezeiung von Karl Marx erinnert. Im Hinblick auf die Erfahrungen der Revolutionen des 19. Jahrhunderts stellte er fest, daß die Revolutionen der neuesten Zeit immer weniger ‚improvisiert‘ und spontan und immer mehr bewußte, organisierte Aktionen der Massen und Parteien sein werden. Das bezieht sich ganz unmittelbar auf unsere Zeit.“<sup>86</sup>

Im Juni 1976 sollte die Berliner „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ die europäischen kommunistischen Parteien für die neue Phase des „Friedenskampfes“ mobilisieren.<sup>87</sup> In einer internen Analyse äußerte sich die SED befriedigt über die von der Berliner Konferenz verabschiedete „Aktionsplattform“, weil diese die „Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft für den politischen Massenkampf der kommunistischen und Arbeiterparteien und breitester demokratischer Kräfte in ganz Europa“ konkretisiert habe: „Der Inhalt der Aktionsplattform entspricht weitgehend dem außenpolitischen Friedensprogramm des XXV. Parteitages der KPdSU und des IX. Parteitages der SED. [...] Dieses Aktionsprogramm besitzt eindeutig antiimperialistischen Charakter. Es bildet die Grundlage dafür, umfassende Massenaktionen der Arbeiterklasse und aller antimonopolistischen Kräfte sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab zu entfalten. Damit hat die Berliner Konferenz [...] ihre Hauptaufgabe, eine Plattform des breiten Kampfes der Arbeiterklasse und der Völker gegen den Imperialismus, für Frieden und Fortschritt zu entwickeln, gelöst.“<sup>88</sup>

Die europäischen kommunistischen Parteien konnten sich in Berlin mit dem „Friedenskampf“ nochmals auf eine gemeinsame „Plattform“ einigen, in der Frage der „Formen des Kampfes“ stießen die Fronten aber unversöhnlich aufeinander. In einem weiteren Auswertungspapier warf die SED den Eurokommunisten vor, sich im Kapitalismus einzurichten, anstatt auf die Dynamik des internationalen Kräfteverhältnisses

---

84 Jegorow: Koexistenz, S. 106.

85 Vermerk über das Gespräch bei V. Sagladin, Mitglied der Zentralen Revisionskommission der KPdSU und Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung am 27. Februar 1973 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/55, Bl. 122–123.

86 B.N. Ponomarjow: Diskussionsbeitrag des Leiters der KPdSU-Delegation auf der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Erörterung der Tätigkeit der Zeitschrift ‚Probleme des Friedens und des Sozialismus‘ in den Jahren 1972 und 1973. SAPMO-BArch, DY/30/IVB2/20/653, Bl. 28.

87 Zu den Reden und Grundsatzdokumenten vgl. Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas – Berlin, 29. und 30. Juni 1976. In: Dokumente und Reden, Berlin (Ost) 1976.

88 Bericht über die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (bestätigt vom Politbüro am 6.7.1976). SAPMO-BArch, DY/30/IV 2/2.035/35, Bl. 15–16.

zu setzen: „Der Unglaube an eine weitere zügige Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus und an die fortschreitende Schwächung des Imperialismus begünstigt die Tendenzen, sich im Rahmen des bestehenden imperialistischen Blocks ‚einzurichten‘. Daraus wird die Schlußfolgerung abgeleitet, daß heranreifende gesellschaftliche Umgestaltungen nur schrittweise im Rahmen bestehender kapitalistischer Wirtschafts- und Militärgruppierungen angestrebt werden können. Das führt sie [die Eurokommunisten] zu einseitigen Schlußfolgerungen, durch schrittweise Reformen, mit Hilfe von Wahlen auf friedlichem Wege zur Umgestaltung der Gesellschaft zu gelangen.“<sup>89</sup>

Die Kritik an der mangelnden Militanz der Eurokommunisten wurde im Auswertungspapier der SED mit dem von der KPdSU vertretenen Argument begründet, die Lage in Italien sei reif für eine entscheidende Offensive: „In den kapitalistischen Ländern prägen sich die materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus immer mehr aus. Auf Grund der tiefgreifenden Krise wächst die Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden Verhältnissen. Es häuft sich der soziale Zündstoff. Die Situation für die Entfaltung des Klassenkampfes gegen die Positionen des Monopolkapitals ist in einigen Ländern, besonders in Italien, günstig. [...] Der wachsende Masseneinfluß stellt die betreffenden Parteien vor die Frage, wie es weitergehen soll. [...] Um reale Fortschritte im Interesse der nach einem Ausweg drängenden Massen zu erzielen, müssen die Privilegien der Bourgeoisie in Frage gestellt werden. Es ist notwendig, konkrete Wege für den Übergang von der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse zur Offensive gegen die Positionen des Monopolkapitals auszuarbeiten.“<sup>90</sup>

Angesichts einer solchen Gunst der Stunde kritisierte auch das Auswertungspapier der SED, daß sich die Eurokommunisten auf den „friedlichen Weg“ versteiften und vor dem bewaffneten Kampf zurückschreckten: „Die sozialistische Revolution wird vor allem als evolutionärer Prozeß betrachtet. Prinzipielle Konsequenzen für den Kampf um die Macht werden mißachtet. [...] Das zeigt sich vor allem in der einseitigen Betonung des friedlichen Weges (im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus, in der Furcht vor entschlossenen Massenaktionen, die die Schranken der bürgerlichen Demokratie überschreiten), in der zunehmenden Abneigung gegen mögliche bewaffnete Auseinandersetzungen, in der Ablehnung der Erfahrung bereits vollzogener sozialistischer Revolutionen. [...] Diese Parteien übersehen, daß der friedliche und der nicht-friedliche Weg zum Sozialismus eine untrennbare dialektische Einheit bilden, d.h., der friedliche Weg der sozialistischen Revolution muß die Möglichkeit und Fähigkeit einschließen, ihre Aufgaben auf nichtfriedlichem Weg und mit nichtfriedlichen Mitteln fortsetzen zu können, wenn es sich als notwendig erweist.“<sup>91</sup>

Tatsächlich gab die Abrechnung der SED mit den Fehlern der Eurokommunisten getreulich die Kritik wieder, die Ponomarjow im Oktober 1976 an einem ersten Auswertungspapier der SED geübt hatte: „Mit der IKP muß man ruhig arbeiten und sich näher mit ihr beschäftigen, sie ist eine große Partei und wächst weiter. Wir sehen nicht nur die negativen, auch ihre positiven Seiten – Masseneinfluß, Positionen in Provinzen, Wahlerfolge und anderes. Aber man muß auch sehen, daß die Situation für die Entfaltung des Klassenkampfes in Italien außerordentlich günstig ist. Im Material der SED

89 Zur Einschätzung der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und zur Entwicklung der kommunistischen Bewegung, 7.12.1976. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/35, Bl. 38.

90 Ebd., Bl. 35.

91 Ebd., Bl. 38–39.

wird gesagt, daß heute in keinem westeuropäischen Land eine revolutionäre Situation existiert. Im klassischen Sinne ist das richtig, aber in einigen Ländern ‚liegt etwas in der Luft‘. Viel hängt von der Politik der KP im jeweiligen Land ab, wohin sie die Dinge lenkt, das heißt, ob sie auf der Stelle tritt oder die Massen aufruft, weiter zu gehen. Objektiv gibt es in Italien eine Menge Zündstoff. Wir haben der italienischen KP gesagt: Ihr steht an der Schwelle wichtiger Ereignisse, aber viel hängt von Euch ab.“<sup>92</sup>

Zwar hielt Ponomarjow „ein neues Herangehen an die Frage des Übergangs zum Sozialismus“ für erforderlich, worunter er vermutlich eine Machtergreifung auf friedlichem Wege verstand. Seine Vermengung der Begriffe Verteidigung und Offensive sowie seine Forderung, die kommunistischen Parteien müßten „stets auch auf den bewaffneten Kampf vorbereitet sein“, lassen aber erkennen, daß er von der PCI erwartete, sich ohne Furcht vor einem Bürgerkrieg in den Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu stürzen: „Die Parteien müssen konkrete Wege für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse gegen das Kapital aufzeigen. Es geht um eine Plattform der Offensive gegen das Monopolkapital, ohne unbedingt auf den bewaffneten Kampf direkt einzugehen. Es geht um eine Plattform, die es der Arbeiterklasse Frankreichs und Italiens gestattet, Schritt für Schritt die Positionen des Monopolkapitals anzugreifen. Dies erfordert das Leben, die objektive Lage, die Massen sind bereit zu kämpfen. [...] Die IKP ist, obwohl ihr breite Massen folgen, in gewisser Weise passiv, weil sie vor allem darauf bedacht ist, die Reaktion nicht zu repressiven Maßnahmen oder Gegenschlägen herauszufordern. Die italienischen Genossen verstehen nicht, daß man nicht immer defensiv sein kann. Es besteht die Möglichkeit eines friedlichen Weges, aber jede kommunistische Partei muß stets auch auf den bewaffneten Kampf vorbereitet sein.“<sup>93</sup>

In einem ergänzenden Gespräch mit Axen äußerte sich Sagladin zur Frage der Gewalt noch klarer als Ponomarjow: „Die kommunistischen Parteien dürfen keine Furcht vor entschlossenen Handlungen, vor möglichen bewaffneten Auseinandersetzungen haben. Wir haben es heute zum Teil damit zu tun, daß manche die Furcht vor bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Erfahrungen in Chile und Portugal zu begründen suchen. Eine kommunistische Partei muß jedoch immer bereit sein, die Schranken der bürgerlichen Demokratie zu überschreiten.“<sup>94</sup> Die Einschätzungen Ponomarjows und Sagladins zur Lage in Italien waren nicht aus der Luft gegriffen. Seit 1968 erlebte die PCI einen stürmischen Aufschwung, der ihr bei den Wahlen 1976 einen Stimmenanteil von 34,4 Prozent bescherte. Unter dem Eindruck derartiger Erfolge wurde auch in der PCI die Forderung laut, die italienische Arbeiterklasse endlich in den Entscheidungskampf zu führen. Da Berlinguer jedoch entschlossen war, einen Putsch wie in Chile oder das Abgleiten Italiens in einen Bürgerkrieg zu verhindern, favorisierte er die Option des historischen Kompromisses mit den Christdemokraten.<sup>95</sup> Der linke Terrorismus, der Italien seit 1969 in immer stärkeren Wellen heimsuchte, verstand sich auch als Kritik am Reformkurs der PCI. Ebenso wie die KPdSU gingen die Aktivisten des Terrors davon aus, daß sich Italien am Rande des sozialen Kollapses befände und reif

92 Niederschrift über die Konsultation des Genossen Hermann Axen [...] mit dem Genossen B.N. Ponomarjow [...] am 20. Oktober 1976 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IVB2/20/157, S. 15–16.

93 Ebd., S. 15–17.

94 Ausführungen des Genossen Sagladin [...] über die Entwicklung der europäischen kommunistischen Bewegung am 20. Oktober 1976 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IVB2/20/157, S. 5.

95 Weinberg, Leonard: *The Transformation of Italian Communism*. New Brunswick/London 1995, S. 46–51; Urban, Joan Barth: *Moscow and the Italian Communist Party. From Togliatti to Berlinguer*. London 1986, S. 268.

für die Entfaltung revolutionärer Gewalt sei.<sup>96</sup> Die Terrorgruppe Rote Brigaden wandte sich immer direkter gegen die PCI. In einem ihrer Kommuniqués schrieb sie: „In dieser Situation müssen wir den Krieg akzeptieren. [...] Wir müssen die Krise in die Anfänge der bewaffneten Macht des Proletariats, in den bewaffneten Kampf für den Kommunismus umwandeln. Historischer Kompromiß oder bewaffnete Macht des Proletariats: Das ist die Wahl, vor der die Genossen heute stehen.“<sup>97</sup> 1977 wurde zu einem regelrechten „Anti-PCI-Jahr“: Im November zerschossen Rot-Brigadisten einem mißliebigen PCI-Funktionär die Beine.<sup>98</sup>

Während der Terror in Italien 1977 mit 2 128 Anschlägen einen neuen Höhepunkt erlebte,<sup>99</sup> erreichte der Strategiestreit zwischen KPdSU und PCI ebenfalls eine neue Stufe. Im März 1977 rückte Ponomarjow den Eurokommunismus in die Nähe des Trotzismus.<sup>100</sup> Trotzdem gab er sich entschlossen, weiterhin geduldig auf die PCI einzuwirken. Zu den Fragen, zu denen es zwischen den beiden Parteien zu Mißhelligkeiten kam, zählte er neben dem bewaffneten Kampf auch „die Aktivierung der faschistischen und neofaschistischen Kräfte“: „Differenziert an negative Momente einzelner Parteien herangehen und differenziert reagieren. Wenn es sich z.B. um Fragen der inneren Strategie und Taktik der Bruderparteien handelt, so ist unsererseits ein Maximum an Geduld am Platze. In internen Gesprächen ist jedoch offen über solche Fragen zu sprechen wie den bewaffneten Kampf, über Konsequenzen einer einseitigen Orientierung ausschließlich auf den parlamentarischen Weg, über die Aktivierung der faschistischen und neofaschistischen Kräfte, über den historischen Kompromiß.“<sup>101</sup>

Das Zerwürfnis mit den Eurokommunisten hatte für Ponomarjow darüber hinaus eine militärpolitische Dimension, die sich in der Frage zuspitzte, wie die westeuropäischen Parteien im Kriegsfall handeln würden: „Aus der These, daß es in der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern keinen Sozialismus gäbe, ergeben sich ernste Konsequenzen politischen und militärischen Charakters. Insofern unterscheidet sich die heutige Situation von der Zeit, als z.B. Maurice Thorez [Chef der PCF] erklärte, daß bei einem Überfall auf die Sowjetunion die französischen Kommunisten an der Seite der UdSSR kämpfen werden. Wenn der Antisowjetismus einiger Parteien weiter Tropfen für Tropfen eskaliert wird, so ist dies gefährlich.“<sup>102</sup>

Ende Juni 1977 erläuterte Ponomarjow Axen ein weiteres Mal, mit welcher Argumentationskette er die PCI zu einer Änderung ihrer Strategie veranlassen wollte. Im Zentrum stand dabei wieder die Warnung davor, daß der PCI die günstige Situation entgleiten und sie ihre Führungsrolle verlieren könne: „In geeigneter Form wird man in den Gesprächen auch solche Fragen erörtern, wie die nunmehr schon 20 Jahre verfolgte Politik der Strukturreform, die Vorstellungen der IKP über ein Alternativprogramm auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung u.ä. Die Werktätigen Italiens zeigen

96 Drake, Richard: Ideology and Terrorism in Italy. Autobiography as Historical Source. In: Terrorism and Political Violence, 4. Jhrg., Nr. 2 (Sommer 1992), S. 47–61, hier: S. 48.

97 Zit. in: Weinberg, Leonard/Eubank, William Lee: The Rise and Fall of Italian Terrorism. Boulder/London 1987, S. 62–63.

98 Jamieson, Alison: The Heart Attacked. Terrorism and Conflict in the Italian State. London/New York 1989, S. 93–101.

99 Weinberg/Eubank: Rise and Fall, S. 68–69.

100 Niederschrift über ein internes Treffen der für internationale und ideologische Fragen verantwortlichen Sekretäre des Zentralkomitees der KPdSU, BKP, PVAP, SED, USAP, KPC am 1. März 1977 in Sofia. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/22, Bl. 22.

101 Ebd., Bl. 10.

102 Ebd., Bl. 23.

sich jetzt bereits enttäuscht über die Politik der IKP und beginnen, ultralinken bzw. faschistischen Ideen Gehör zu schenken. Man sollte sich in diesem Zusammenhang an die Entwicklung in Italien im Jahre 1923 und in Deutschland in den Jahren 1931/32 erinnern und daraus entsprechende Lehren ziehen.<sup>103</sup>

Obgleich es in der Folge noch zu mehreren Versuchen beider Seiten kam, das Zerwürfnis zu kitten, kühlte sich das Verhältnis zwischen PCI und KPdSU immer weiter ab. 1978 ließ das zehnjährige Jubiläum der Niederschlagung des Prager Frühlings die Eurokommunisten und Moskau noch weiter auseinanderdriften. Für Ponomarjow war die diesbezügliche Erinnerungsarbeit der PCI nicht zuletzt deshalb ärgerlich, weil just in diesem Augenblick der „Friedenskampf“ mit der Kampagne gegen die Neutronenbombe zu einer ersten Entscheidungsschlacht anhub.<sup>104</sup> Angesichts dieser Entwicklung setzte die KPdSU nicht mehr auf geduldige Gespräche, sondern auf aktive Maßnahmen, die sich direkt gegen die eurokommunistische Häresie richteten: „Gen. Ponomarjow [...] informierte darüber, daß im ZK der KPdSU ein spezieller Plan (Maßnahmen gegen den Eurokommunismus) bestätigt wurde. Es geht nicht nur darum, den Eurokommunismus zu entlarven, sondern auch darzustellen, was der Imperialismus sich von dem Eurokommunismus verspricht. Er erwartet vor allem die Spaltung unserer Bewegung und Attacken auf den realen Sozialismus.“<sup>105</sup>

Was der Maßnahmekatalog der KPdSU für die PCI bereithielt, ist leider nicht überliefert. 1978 wurde Italien jedoch von einer Gewalteruption erschüttert, die die Hoffnungen der Partei auf eine Machtteilhabe endgültig scheitern ließ. Mit der Entführung und Ermordung des Christdemokraten Aldo Moro gelang den Roten Brigaden ein entscheidender Schlag gegen den „historischen Kompromiß“. Die Aktion erfolgte am 16. März 1978 – genau an dem Tag, als sich die PCI anschickte, im Parlament ein zweites Mal für die Konstituierung einer christdemokratischen Minderheitsregierung zu stimmen. Obwohl Moro in der Democrazia Cristiana (DC) der entschiedenste Verfechter eines Brückenschlages zur PCI war, erwies sich Berlinguer in dieser Krise als entschlossener Verteidiger der Staatsräson, der einen Austausch Moros gegen inhaftierte Terroristen rigoros ablehnte.

Die Antwort der Roten Brigaden erfolgte symbolträchtig am 9. Mai: Der Leichnam Moros wurde den Behörden im Kofferraum eines Autos übergeben, das die Terroristen in der Via Caetani ungefähr auf halbem Wege zwischen der Parteizentrale der PCI und der der Christdemokraten abgestellt hatten.<sup>106</sup> In Moskau löste die Nachricht von Moros Tod alles andere als Bestürzung aus. Ponomarjow sah seine Kritik an der PCI bestätigt: „Das Leben vermittelt den italienischen Genossen manche Lehre (Moro). Wir haben den italienischen Genossen schon vor Jahren gesagt: Der Leninismus lehrt, daß das Anwachsen der revolutionären Kräfte nicht zu einer automatischen Veränderung der Mehrheitsverhältnisse führt, sondern zu einer Verstärkung der Aktivitäten reaktionärer Kräfte. Diese Entwicklung führt damit unausweichlich zu einem Punkt, an dem offene Auseinandersetzungen nicht zu vermeiden sind. Das revolutionäre Potenti-

---

103 Information über Gespräche des Genossen Hermann Axen, [...], mit Genossen B.N. Ponomarjow, [...], am 28. und 29. Juni 1977 in Prag. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/55, Bl. 73.

104 Niederschrift über die Konsultation des [...], Genossen Hermann Axen, mit [...], Genossen B.N. Ponomarjow, und [...], Genossen K.V. Russakow, am 11. Januar 1978 in Moskau. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/56, Bl. 161.

105 Ebd., Bl. 162–163.

106 Jamieson: Heart Attacked, S. 118–171.

al in Italien ist groß. Die IKP tritt jedoch nicht offensiv und kritisch genug gegenüber der Regierung auf. Das hat zu Unzufriedenheit in der Partei geführt.“<sup>107</sup>

### *Operationen im Terrornetzwerk*

Der Terrorismus der siebziger und achtziger Jahre verdankte seine Schlagkraft einem Netzwerk von Staaten und Organisationen, in dem die KPdSU und der KGB eine Schlüsselrolle spielten. In seinem letzten Buch schrieb Generaloberst Dimitri Wolkogonow zur Rolle Juri Andropows<sup>108</sup>: „Als Generalsekretär blieb Andropow tief in eine Reihe von überaus kontroversen Bereichen der Aktivitäten des KGB verstrickt. Es ist kein Geheimnis, daß der sowjetische Geheimdienst verdeckte Verbindungen zu Terror-Organisationen unterhielt, von denen einige Waffen aus der UdSSR bezogen. Viele Terroristen erhielten von der UdSSR eine ideologische Schulung und eine Sonderausbildung; manchen wurde Asyl gewährt.“<sup>109</sup>

Andropows Interesse daran, den Westen mit Hilfe von Terror und Sabotage zu destabilisieren, wurde von seiner Furcht in Zaum gehalten, die „Friedensoffensive“ der KPdSU zu konterkarieren. Ein typisches Beispiel für die geplanten, dann aber doch nicht zur Durchführung gelangten Anschläge dürfte die 1968 von den „tschekistischen Einsatzgruppen“ des KGB vorbereitete Sprengung einer Ölpipeline über den Rheinkanal gewesen sein, die eine Ölpest auf dem Bodensee zur Folge gehabt hätte. Als Urheber dieses Anschlags, der den Westen von der Niederschlagung des Prager Frühlings ablenken sollte, sollten italienische Extremisten firmieren, die sich angeblich für Sabotageakte von Südtiroler Terroristen rächen wollten.<sup>110</sup> Daß ähnliche Anschläge später zur Ausführung kamen, ist auch deshalb nicht auszuschließen, weil die schweren Bombenattentate, die Italien in den siebziger und achtziger Jahren erschütterten und die gewöhnlich Neofaschisten zugeschrieben werden, bis heute nicht aufgeklärt worden sind.<sup>111</sup> Jedenfalls gehörte „in Friedenszeiten“ das Verüben von Anschlägen „unter der jeweiligen nationalen Flagge oder aus 3. Hand, bei konsequenter Verschleierung der eigenen Beteiligung“, zu den „Aktiven Maßnahmen“, mit denen die „tschekistischen Einsatzgruppen“ von MfS und KGB „vorrangig ‚politisch-moralische‘ Objekte des Gegners“ zu treffen planten.<sup>112</sup>

Einer der Gründe, warum Andropow immer wieder vor dem Einsatz der Sabotagetrupps des KGB zurückschreckte, dürften Zweifel an der Verlässlichkeit des eigenen Personals gewesen sein. Allein von 1945 bis 1972 flohen über 800 Angehörige der östlichen Geheimdienste in den Westen,<sup>113</sup> darunter auch solche aus den für Terror, Mord und Sabotage zuständigen Abteilungen. Im August 1961 stellte sich der KGB-Offizier Bogdan Staschinski, der in den Jahren zuvor zwei ukrainische Nationalisten

107 Information über die Konsultation des Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, Genossen Egon Winkelmann, im ZK der KPdSU. SAPMO-BArch, DY/30/IV2/2.035/56, Bl. 185.

108 Von 1967 bis 1982 war Andropow KGB-Vorsitzender; von 1982 bis 1984 KPdSU-Generalsekretär.

109 Wolkogonov, Dimitri: *The Rise and Fall of the Soviet Empire. Political Leaders from Lenin to Gorbachev*. London 1999, S. 353.

110 Andrew/Mitrochin: *Schwarzbuch des KGB*, S. 466–469.

111 Fromm, Rainer: *Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“*. Darstellung, Analyse und Einordnung. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen und europäischen Rechtsextremismus. Frankfurt/Main u.a. 1998, S. 347–371.

112 Dokument 3. In: Auerbach: *Einsatzkommandos*, S. 116.

113 Borcke, Astrid von: *Unsichtbare Weltmacht KGB*. Neuhausen/Stuttgart 1989, S. 16–17.

ermordet hatte, den westdeutschen Behörden.<sup>114</sup> 1968 floh der tschechoslowakische Generalmajor Jan Sejna, der als Stabschef des Verteidigungsministers umfassende Kenntnisse zur Rolle von Terror und Sabotage in Breschnews Langzeitstrategie besaß.<sup>115</sup> Und 1971 wechselte mit Oleg Ljalin ein KGB-Offizier die Seiten, der an der Londoner Sowjetbotschaft mit der Planung von Sabotage- und Terrorakten betraut gewesen war.<sup>116</sup>

Welche diplomatischen Folgen die Beteiligung östlicher Geheimdienste an Terroranschlägen haben konnte, wurde nach dem Mordanschlag auf den Papst deutlich.<sup>117</sup> Die Ermittlungen der italienischen Polizei ließen alsbald „delikate geheimdienstliche Verbindungen“ der bulgarischen Staatssicherheit „auffliegen, darunter auch ein schwunghafter Handel ‚Drogen gegen Waffen‘“.<sup>118</sup> Derlei Enthüllungen blieben nicht ohne negative Rückwirkungen auf den „Friedenskampf“. Im März 1983 sahen sich die in Bedrängnis geratenen Bulgaren genötigt, ihre Bruderstaaten um Schützenhilfe zu bitten: „Der Vertreter der BKP [Bulgarische Kommunistische Partei] stellte kritisch fest, daß der Gegner in der Frage der Menschenrechte und des Terrorismus in die Offensive kommen konnte, und nannte als Beispiel die organisierte Provokation gegen Bulgarien im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Papst. Der Kampf dagegen sei keine bloße Angelegenheit der Bulgaren.“<sup>119</sup>

Um das eigene Interesse an der Durchführung paramilitärischer Terrorakte zu verschleiern, griff Andropow frühzeitig auf die „patriotischen Kräfte“ des Operationsgebietes zurück. Der Vietnamkrieg hatte im Westen für eine starke Radikalisierung gesorgt, die durch die seit 1966 vom Ostblock forcierte Propagandakampagne in entsprechende ideologische Bahnen gelenkt worden war.<sup>120</sup> Eine Schlüsselgestalt für die Entstehung sowohl des deutschen als auch des italienischen Linksterrorismus war der Verleger Giangiacomo Feltrinelli, der 1972 bei einem mißlungenen Sprengstoffanschlag ums Leben kam. In deutscher und italienischer Sprache erschienen in seinem Verlag Neuauflagen von Komintern-Schriften und Traktate südamerikanischer Guerilla-Theoretiker.<sup>121</sup> 1968 finanzierte der italienische Millionär nicht nur den West-Berliner Vietnamkongreß, sondern bot Rudi Dutschke auch Dynamit für Sabotageakte

---

114 Andrew/Mitrochin: Schwarzbuch des KGB, S. 454–455.

115 Auerbach: Einsatzkommandos, S. 9; Sejna, Jan: We Will Bury You. London 1982.

116 Gordiewsky, Oleg/Andrew, Christopher: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. München 1990, S. 675–676.

117 Obgleich die Urheberschaft der bulgarischen Staatssicherheit noch nicht mit letzter Sicherheit bewiesen ist, sprechen doch gewichtige Gründe dafür, eine solche anzunehmen. Vgl. Borcke: Weltmacht KGB, S. 82–87. In einem 2001 erschienenen Buch unternahm die Panorama-Mitarbeiterin und langjährigen Spiegel-Reporterin Valeska von Roques den Versuch, die bulgarische Staatssicherheit und den KGB zu exkulpierten. Für ihre haarsträubende Beweisführung bleibt sie jedoch zumeist die Belege schuldig. Insgesamt kann ihr Buch dem Genre der antiamerikanischen Desinformationsliteratur zugerechnet werden. Vgl. Roques, Valeska von: Verschwörung gegen den Papst. Warum Ali Agca auf Papst Johannes Paul II. schoß. München 2001.

118 Vgl. hierzu das Buch der ehemaligen MfS-Offiziere Bohnsack, Günter/ Brehmer, Herbert: Auftrag: Irreführung. Wie die Stasi Politik im Westen machte. Hamburg 1992, S. 139.

119 Bericht über die Beratung der Sekretäre für internationale und ideologische Fragen der Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder (Moskau, 14. und 15. März 1983). SAPMO-BArch, DY/30/JIV2/2A/2551, S. 18.

120 Zur sowjetischen Vietnam-Propaganda vgl. Shultz Jr., Richard H.: The Soviet Union and Revolutionary Warfare. Principles, Practices and Regional Comparisons. Stanford 1988, S. 52–64.

121 Hess, Henner: Italien: Die ambivalente Revolte. In: Angriff auf das Herz des Staates, 2. Band. Frankfurt/Main 1988, S. 9–166, hier: S. 65–68.

an, welches Feltrinelli auf der Rückbank seines Wagens in die Mauerstadt gebracht hatte.<sup>122</sup> Daß die Staatssicherheit der SED diese Schmuggeloperation gedeckt hat, ist auch deshalb anzunehmen, weil Feltrinelli bis zu seinem Tode in engem Kontakt zur tschechoslowakischen Geheimpolizei stand.<sup>123</sup>

Durch ihre Kooperation mit den in der PLO organisierten Gruppen verfügte die KPdSU seit Ende der sechziger Jahre über die Möglichkeit, massiv auf die Entfaltung des bewaffneten Kampfes in der westlichen Welt hinwirken zu können, ohne sich selbst dabei allzu sehr exponieren zu müssen. Besonders eng war die Verflechtung zwischen dem KGB und der marxistisch-leninistischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PLFP). Wadi Haddad, der als Operationschef der PLFP „das Nervenzentrum für die Verbindungen der Palästinenser mit deutschen, südamerikanischen, irischen und japanischen Terroristen“<sup>124</sup> leitete, arbeitete seit 1970 unter dem Decknamen NAZIONALIST für den KGB.<sup>125</sup> Zur Perspektive dieser Kooperationsbeziehung schrieb Andropow im April 1974 an Breschnew: „Die Kontakte mit Haddad gestatten uns, die Tätigkeit der Abteilung für Äußere Operationen der PLFP bis zu einem bestimmten Grade zu kontrollieren, sie in einem für die Sowjetunion günstigen Sinne zu beeinflussen sowie bei absoluter Geheimhaltung mit den Kräften seiner Organisation aktive Maßnahmen in unserem Interesse durchzuführen.“<sup>126</sup> Neben Waffen aus westlicher Produktion<sup>127</sup> erhielt die PFLP von Moskau offenbar auch Schulungsmaterialien zur Durchführung von Flugzeugentführungen.<sup>128</sup> Die Stasi lieferte der PLFP Fahndungsunterlagen von BKA und Interpol.<sup>129</sup>

Die „Aktivierung der faschistischen und neofaschistischen Kräfte“, die Ponomarjow im Zusammenhang mit dem Strategiestreit zwischen der KPdSU und der PCI erwähnt hatte, fiel dagegen in den Aufgabenbereich von Jassir Arafats PLO. Dies wurde 1981 deutlich, als bekannt wurde, daß die rechtsextreme Wehrsportgruppe Hoffmann nach ihrem Verbot in der Bundesrepublik in den Libanon ausgewichen war, um sich dort von der PLO an der Waffe ausbilden zu lassen und Terroranschläge gegen amerikanische Truppen und jüdische Bürger vorzubereiten. Für die Betreuung der „Wehrsportgruppe“ war der stellvertretende PLO-Chef Salah Chalaf zuständig, der unter dem Decknamen Abu Ijad den PLO-Geheimdienst und die Terrorgruppe Schwarzer September leitete.<sup>130</sup>

---

122 Langguth, Gerd: Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung. München 2001, S. 24 u. 72–74.

123 Goren, Roberta: The Soviet Union and Terrorism. London u.a. 1984, S. 154–156.

124 Schröm, Oliver: Im Schatten des Schakals. Carlos und die Wegbereiter des internationalen Terrorismus. Berlin 2002, S. 104.

125 Andrew/Mitrochin: Schwarzbuch des KGB, S. 472.

126 Vgl. Dokument in Bukowski, Wladimir: Abrechnung mit Moskau. Das sowjetische Unrechtsregime und die Schuld des Westens. Bergisch Gladbach 1996, S. 53–54.

127 Ebd., S. 55.

128 Vgl. dazu Boock, Peter Jürgen: Notfalls erschießen: Wie Mitglieder der Roten Armee Fraktion im Südjenen für Terroranschläge und Flugzeugentführungen trainierten. In: Der Spiegel v. 15.9.2001, S. 144 f.

129 Wunschik: Kinder, S. 396.

130 Fromm: Wehrsportgruppe, S. 458–461.

Den Kontakt zwischen dem Wehrsportgruppenchef Karl-Heinz Hoffmann<sup>131</sup> und der PLO hatte der vom MfS 1972 als IM geworbene Udo Albrecht hergestellt.<sup>132</sup> Albrecht, der Ende der sechziger Jahre noch als rechtsextremer Antisemit zur PLO gestoßen war, hatte 1970 in Jordanien auf seiten der Palästinenser gegen König Hussein gekämpft. Danach war er für die Terrorgruppe Schwarzer September aktiv, wobei er Waffen schmuggelte und in der Bundesrepublik unter Rechtsextremisten Söldner für die PLO rekrutierte. Nach seiner Verhaftung durch die bundesdeutsche Polizei nutzte Albrecht einen gerichtlichen Grabungstermin an der innerdeutschen Grenze, um im Juli 1981 in die DDR zu fliehen.<sup>133</sup> Bei den anschließenden Vernehmungen durch die Stasi gab sich Albrecht als Offizier des PLO-Sicherheitsdienstes zu erkennen. Er bekräftigte, kein Rechtsextremist mehr zu sein. Auf Weisung seiner PLO-Vorgesetzten habe er sich aber „nicht gegen eine derartige Abstempelung gewandt“, sondern sich vielmehr um „Kontakte zu derartigen Kreisen“ bemüht.<sup>134</sup>

Die Karriere des westdeutschen Rechtsterroristen Odfried Hepp<sup>135</sup> weist ein ähnliches Muster auf wie die von Albrecht. Nachdem sich Hepp im Libanon mit Hoffmann überworfen hatte, versuchte er aus dem Dunstkreis der Wehrsportgruppe zu fliehen, wurde dabei aber vom PLO-Sicherheitsdienst verhaftet.<sup>136</sup> Die Haft bei der PLO bewirkte bei Hepp einen Prozeß des Umdenkens, in dessen Folge er sich vom nationalsozialistischen Antisemiten zum antiimperialistischen Antizionisten bekehrte.<sup>137</sup> Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik beteiligte sich Hepp an der Bildung einer Terrorgruppe, die 1982 und 1983 Banküberfälle und Mordanschläge auf US-Soldaten verübte. In Pamphleten warb die Gruppe unter westdeutschen Rechtsextremisten für einen „antiimperialistischen Befreiungskampf“, der ein „neutrales Deutschland“, das „in Frieden und Freundschaft mit Sowjet-Rußland“ leben würde, zum Ziel haben sollte.<sup>138</sup> Nach der Zerschlagung der Gruppe floh Hepp in die DDR, wo er von der Stasi zukünftig betreut und als IM geworben wurde.<sup>139</sup> Vom MfS mit falschen Papieren versehen, reiste er nach Syrien aus. 1985 wurde Hepp in Paris als Mitglied einer PLO-Splittergruppe verhaftet.<sup>140</sup>

131 Der aus der DDR stammende Hoffmann beschrieb sich selbst als „absolut undogmatischen fortschrittlichen Pragmatiker“, der einen Nato-Austritt der Bundesrepublik befürwortete und für eine „Wiedervereinigung unter einheitlicher Fremdherrschaft“ der UdSSR bereitwillig sein Leben geopfert hätte. Vgl. ‚Ihnen wäre das Lachen vergangen‘. Karl-Heinz Hoffmann über seine Wehrsportgruppe und die Neonazis in der Bundesrepublik. In: Der Spiegel v. 24.11.1980, S. 76–99, hier: S. 76 u. 94. Bei Abu Ijad führte sich Hoffmann als „fortschrittlicher Patriot“ ein. Vgl. Fromm: Wehrsportgruppe, S. 459.

132 BStU, MfS-HA XXII Nr. 5592/15, Bl. 26.

133 Fromm: Wehrsportgruppe, S. 195–203 u. 458.

134 BStU, ZA, MfS-HA IX 1217, Bl. 24 u. 44–45.

135 Zu Hepps Vita vgl. Winterberg, Yury: Der Rebell: Odfried Hepp – Neonazi, Terrorist, Aussteiger. Bergisch Gladbach 2004.

136 Fromm: Wehrsportgruppe, S. 467–468.

137 BStU, ZA, AOPK 7896/91 Bd. 5, Abteilung XXII/8, „Einschätzung des BRD-Rechtsextremisten – Hepp – aus der Sicht des Mitarbeiters der PLO-Sicherheit [Name geschwärzt],“ Bl. 80–81.

138 Fromm: Wehrsportgruppe, S. 469–475.

139 Vgl. z.B. BStU, ZA, AOPK 7896/91 Bd. 4, Abteilung XXII, „Vorschlag zum Abschluß durchgeführter operativer Maßnahmen im Zusammenhang mit dem zeitweiligen Aufenthalt des Westberliner Bürgers Hepp, Odfried in der DDR“, 6.5.1983, Bl. 31–37.

140 BStU, ZA, AOPK 7896/91 Bd. 12, Abteilung XXII/1, „Stellungnahme zum Artikel der ‚taz‘ vom 10. Juli 1985 ‚Kein Neo-Nazi, sondern Antizionist‘ über Hepp, Odfried“, 23.7.1985, Bl. 403–405.

Neben den Ostblock-Geheimdiensten und der PLO waren Libyen, Kuba<sup>141</sup> sowie das Sandinisten-Regime in Nicaragua weitere wichtige Akteure im Terrornetzwerk der siebziger und achtziger Jahre. Wie freimütig in diesem Netzwerk über Terroranschläge diskutiert wurde, belegt ein Aktenvermerk Erich Mielkes vom 20. September 1984, demzufolge der nikaraguanische Innenminister Tomás Borge am Vortag berichtet hatte: „Während seines Besuches [Borges] in Libyen habe ihm Oberst Ghadafi mitgeteilt, daß die Libyer größere Aktionen gegen Bürger der USA planen, wie z.B. Geiselnahmen, Entführungen, Tötungen von US-Bürgern, mit dem Ziel zu beweisen, daß die USA nicht in der Lage sind, ihre Bürger genügend zu schützen (die Aktion soll ähnlich wie in Iran gestaltet werden).“<sup>142</sup>

### *Fazit*

Die Analyse der sowjetischen Langzeitstrategie belegt, daß die Förderung von Terrorismus und Rechtsextremismus ein inhärenter Teil jener „Friedensoffensive“ war, mit der Breschnews Politbüro die Systemauseinandersetzung für sich entscheiden wollte. Da die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft das „Endziel“ dieser Offensive war, spielte es aus Sicht der Kommunisten nur eine untergeordnete Rolle, welche Kräfte an der „Zersetzung“ des gegnerischen Sozialsystems mitwirkten. Wichtig war allein, daß die Risiken, die die sozialistischen Staaten bei ihren Geheimdienstoperationen eingingen, kalkulierbar blieben. Insgesamt dürften die Terroroffensiven von MfS, KGB & Co aber eher zur Festigung der westlichen Gesellschaften beigetragen haben. Nach den Erfahrungen, die sie im Strategiestreit mit der KPdSU während der siebziger Jahre gesammelt hatten, verweigerten sich die italienischen, französischen und spanischen Eurokommunisten weitgehend dem „Friedenskampf“, den der Ost-Block ab 1979 gegen den Doppelbeschluß der Nato führte.<sup>143</sup> Wäre die sowjetische „Friedensoffensive“ jedoch nach Plan verlaufen, dann wäre den Linksterroristen von RAF, Roten Brigaden und Action Directe genau jene Avantgarde-Rolle zugefallen, die sie in ihren ermüdenden Kommandoerklärungen immer wieder für sich reklamierten.

---

141 Der kubanische Geheimdienst verband die Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen Guerilla-gruppen mit dem Drogenhandel. Dies erfuhr 1989 eine offizielle Bestätigung, als Castro die Drogengeschäfte seines Geheimdienstes als Vorwand nutzte, diesen vom KGB-Einfluß zu säubern. Vgl. Skierka, Volker: Fidel Castro. Eine Biographie. Berlin 2001, S. 353–360.

142 Vermerk über ein Gespräch des Gen. Minister Mielke mit Gen. Innenminister Borge, 20.9.1984. BStU, ZA, MfS-Abt. X Nr. 327, Bl. 321.

143 Im Dezember 1983 kritisierte Berlinguer in einem Gespräch mit Honecker heftig die „Politik des militärischen Drucks“, zu der die UdSSR nach 1975 übergegangen sei. Vgl. Ploetz: Wie die Sowjetunion den Kalten Krieg verlor, S. 272-273.